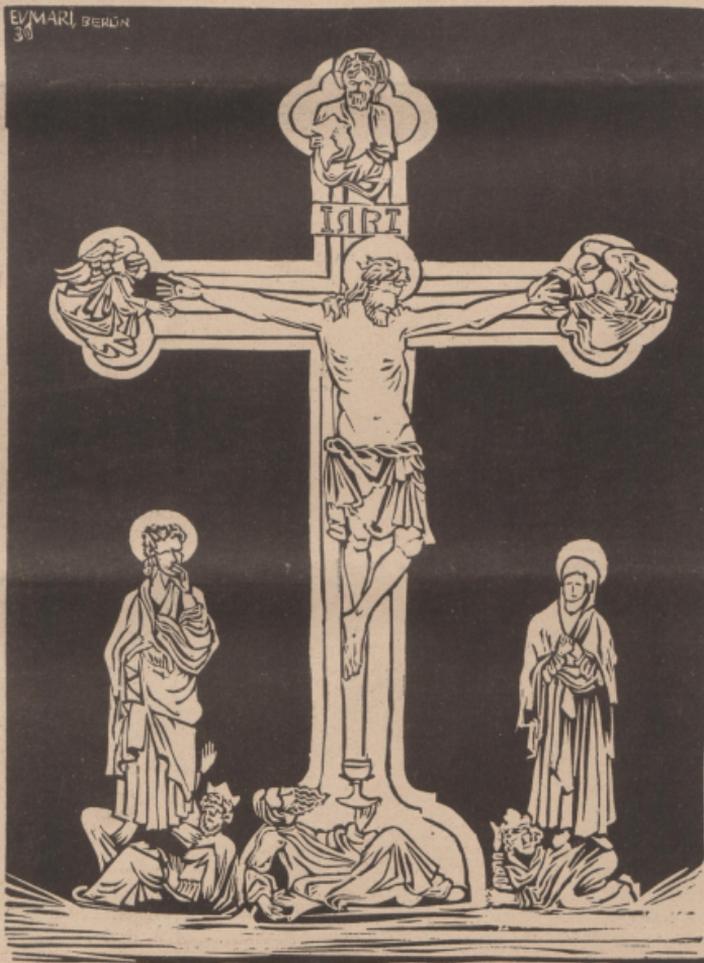


Der Heimatsdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Franz Dählerg, Kirchenbau und geistige Welt; Friedrich
Ebeling, Die Oder als Hauptflusssystem der ostdeutschen Wirtschaft; Heinz von
Paller, Die politische Bedeutung der Vorgänge des Ostpreussentums; Oberregierungsrat
Dr. Weichmann, Das deutsche Schulwesen in Polen; Dr. Dr. Richard Karfen-
brecht, Die baltische Erziehungsw. Hilfsgeschichte in den Vasallenländern Europas.

In Kommission:
Zentralverlag o. m. Berlin W 35
halbjährlich 3,60 Mark / jährlich 7,20 Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Kruzifix in Weßelburg
Holzschnitt von Comert

Kirchenbau und geistiger Besitz.

Von Franz Dülberg.

In Deutschland sind die kirchlichen Gebäude diejenigen Stätten, in denen sich die Kraft einer ganzen Reihe wichtigster Jahrhunderte sammelte. Es hieß, leichtsinnig auf Schönheitswerte, auf geistige Befruchtungs-möglichkeiten ver-



Dom zu Xanten, Südostansicht Renger Foto

zichten, wollten wir das Erbe, das wir den stärksten und reinsten Anstrengungen mittelalterlichen Menschentums verdanken, nicht bewahren und in allen seinen Wirkungen ausnutzen. Unserer Freude und unserem Elser darf hierbei ein ausgesprochenes Wehmutsgefühl darüber, daß die Lebensströme unserer Tage einen Sammelpunkt von ähnlicher Kraft noch nicht gefunden haben, keinen Abbruch tun. Zwei reich mit hochstehenden Leistungen der Lichtbildkunst ausgestattete Bände, die der Deutsche Kunstverlag in Berlin jetzt in der Reihe der „Deutschen Dome“ erscheinen läßt, geben besondere Gelegenheit, die Kirche als beherrschendes und schöpferisches Hilfsmittel des landschaftlichen Städtebildes zu betrachten. Nachdem drei der gemaltigsten in der ganzen Welt bekannten Meisterwerke deutsch-mittelalterlichen Kunstwillens, das Straßburger Münster, der Bomberger und der Naumburger Dom, in früheren Bänden liebevoll und auf richtige Behandlung erfahren, ist es eine Freude, feststellen zu können, daß die Erbverbundenheit des kirchlichen Bauwerks, der unmaßstäbliche Zauber des alten durch Arbeit und Innigkeit geweihten Steins an einigen minder gefeierten Kirchenbauten deutschen Bodens eher stärker als abgeschwächt sich geltend macht. Der Band, den Richard Klappert in Düsseldorf in Arbeitsverbund mit dem Lichtbildmaler Walter Heise dem Sankt Viktor-Dom in Xanten widmet, läßt uns westniederdeutsches Kunsthempfinden da erkennen, wo die Ströme aus dem mächtigen Köln und aus den gestaltungs-frohen Nieder-



Zangermünde, südliches Querisprofil der Stephanuskirche Renger Foto

landen sich berühren. Mit ähnlichem Rechte, wie die Nicolaiskirche des grenznahen Calcar, kann der Kantener Dom eine holländische Kirche auf deutschem Boden genannt werden, ganz gewiß, ohne daß damit seine geistigen Quellen und Eigenschaften erschöpfend bezeichnet wären. Der Bildersturm, der im Jahre 1566 im heutigen Holland so viel unerfegliches Kunstgut vernichtete, vermochte dank der Günst politischer Umstände weder Xanten noch Calcar zu berühren. Außer den

fördernden Gartenflängen eines Fensters aus der Zeit Kaiser Wilhelms I. der Erhebung des ins Bonner Museum verbrachten Triumphkreuzes durch eine neuzeitliche Nachbildung und außer mancher ungeschickt erneuernden Färbung einiger der vierundzwanzig Schnitzaltäre, trübt nur wenigtes Mitleide den Blick des Kunst- und Geistesbetrachters.

Der Viktors-Dom ist aber mehr als eine Schatzkammer. Er ist der Ausdruck des urfräftigen Daseinswillens einer Stadt, die, sechszig römische Meilen nördlich von Köln gelegen, unter wechselnden Namen — Vetera, Colonia Trajana, Ad Sanctos — die Aberlieferungen altrömischen Herrschaftsgeistes und frühchristlicher Märtyrerverehrung in Feib und Blut aufgenommen hat. Gänzlich wird wohl der

geistesgeschichtliche Vorgang nie ermittelt werden, der auf römischen Kolonialboden aus Nachklängen des Heldenfanges vom Untergange Trojas, aus der gehagten Legende von dem für den Christenglauben sich opfernden Führer der thebaischen Legion die leuchtendste Gestalt der deutsch-mittelalterlichen Heldenepik, jenen Siegfried von Xanten ersehen ließ, der nach dem Nibelungenlied „In Niederlanden“ aufwuchs.

In wahren Sinne niederheimisch ist die Baumgestaltung des Doms. Als Mittelpunkt einer geistlichen Stadt innerhalb der Bürgerstadt, mit dem hohen und ersten Stab der Bäume vermählt, schon in der breiten Masse seiner Säulen der Beharrungswillen eines Volks betonend, vereint er Formen des romanischen und des gotischen Stils, die ein wenig durcheinander und fast ohne Rücksicht auf die gerade in den führenden Städten der Kirchenbaukunst herrschende Richtung angewandt werden. Nach den unerermülichen For-



Dom zu Xanten, Westfront

schungen des verstorbenen Jesuitenpeters Stephan Beigel hat an dem Dom, dessen älteste vorhandene Teile am Ostbau 1128 begonnen sein mögen, noch im Jahre 1375 der nach Turmbränden berufene Meister Conrad von Cleve spätromanisch gebaut. Der letzte große Gotiker des Baues war der 1522 verstorbene Johann von Langenberg, der auch in Hertogenbosch, der Stadt der noch heute im Innenschmuck verblühten holländischen Kirche, tätig war. Inden Grundlinien



Inneres der Jakobikerk in Straßfurt



St. Martin in Xanten
Südportal des Chors mit Maßwerkfenster

der doppelthorigen Anlage läßt das Bauwerk Verwandschaftszüge mit der französischen Kirche St. Noye de Braisme, mit St. Martin in Ypern und mit der Trierer Sieb-frauenkirche erkennen.

Von dem noch heute fast verwirrenden Innenschmuck des Doms berühren unser Empfinden nicht so sehr die auf scharfe Hauptnoten gestellten, der Mitte des 14. Jahrhunderts angehörige Verfindungsstatuen, als die von ungeheurer Lebensfülle berichteten, der burgundischen Kunftübung geistig nahen, dem 15. Jahrhundert entstammenden Kirchenrätter-gestalten des Chores. Köpfe, wie der heilige Ambrosius in seiner echt niederdeutschen Mischung aus Erden schwere und Gotterfülltheit, der heilige Martinus, der in sinnendem Weltmitleid die Mäuze in die Schale des Bettlers senkt, gehören in ihrer dergestaltigen Dierankigkeit zum Größten, was niederdeutscher Kunstwille schuf.

Nennen wir noch die Freiplastik am Südportal des Doms mit dem ungenanntem bewegten Calvarienberg, die laute und doch erfüllte Bühnengruppe der Verpöpfung Christi, das Meisterwerk Arnolds von Tricht in den ebendort eingelassenen Stationsbildern, die gleichfalls der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts angehörige, in Wirtnis und Klarheit unvergleichliche Darzel Jesse Heintrich Douwermans vom sechzehnten Marienaltar und das erst seit wenigen Jahren entdeckte, vielleicht noch aus der Zeit der ottonischen Kaiser stammende Wandgemälde der Dionysuskapelle, so haben wir nur einen Teil der vielgestaltigen und erneuter Ausstrahlung fähigen Kostbarkeiten der Kirche der alten RheinStadt angebeutet.



Der heilige Martinus
Pfeilerstatue im Dom zu Xanten



Xanten
Kantien
Blick aus dem hohen Chorumgang nach Westen

Seine Verprägung hat der Backsteinstil vermutlich in Oberitalien, und so trägt als vereinzeltes Beispiel die kleine Klosterkirche von Trichow in ihrer einfachen Ruhe lombardisches Gepräge. Vielleicht haben später auch Anregungen der englischen Gotik mitgewirkt, und Burmeister neigt dazu, in dem schlichten Meisterwerk der Elbeker Marienkirche den Geist eines vom Westen gekommenen Gastes zu vermuten. Dennoch ist die Einigung kaum fast überall eine so vollkommene geworden, daß die Kirchenbauten den Eindruck eines noch mehr wegdenkbaren Teiles der südlichen Landschaft hervorrufen. Köpffigkeiten lebendig gesliedert, die religiösen Farben- und Formspiele erweckender Steinanordnung bieten uns Angermünde, der Prenzlauer Ostgiebel, Stargarder und Straßlunder Bauten. Gang überragend, voll schwindelnder Wälderfülle ergreifen uns die fähig durchdrachten Gewölbebildungen Künneburgs, Rostocks, der Danziger Marienkirche. Und der schimmernde Kitzzauber löst uns nicht los, der in den hochschmalen Fenstern und den mächtigen gewölbten Wänden der französischenden Elbeker Katharinenkirche eingefangen ist.

Die Oder als Hauptschlagader der ostdeutschen Wirtschaft

Von dipl. oec. Friedrich Ebeling, Berlin.

In dem Aufsatz „Zum deutschen Ostproblem“ in Heft 1/1930 des „Heimatsdienst“ weist Dr. Bathe darauf hin, daß die notwendige Verkehrsumstellung in der Nord-Süd-Richtung beim Strahlengestrich zum Teil, bei den Eisenbahnen überhaupt noch nicht durchgeführt sei. Zum heftigsten aber der Osten in der Oder mit ihrem weitverzweigten Kanalnetz eine natürliche Verkehrsstraße in der Richtung Nord-Süd, die gerade für die sperrigen Güter des Ostens von lebenswichtiger Bedeutung sein könnte, wenn nicht Sünden der Vorkriegszeit und Finanznöte der Gegenwart ihre Ausgestaltung zu einem brauchbaren Wasserwege verhindern. Ein Blick auf die Karte zeigt die Wichtigkeit der Oder, die das oberdeutsche Industrieriemchen mit dem größten deutschen Ofenbezogen Stettin und durch den Ober-Spre-kanal mit Berlin verbindet, während Stettin durch den im Jahre 1914 eröffneten Hohenzollern-Kanal zum Seehafen Berlins geworden ist.

Die Güter des Ostens, Getreide, Kohlen und Erze streben wegen des Mißverhältnisses zwischen ihrem Raumanspruch und Wert dem für sie billigeren Wasserwege zu. Schon vor dem Kriege war die Eisenbahnstraße von Oberschlesien nach Berlin um 41 v. H.

teurer als der kombinierte Land- und Wasserweg über den Oder-umflughafen Cöfel. Nach dem Kriege haben sich die Verhältnisse infolgedessen geändert, als die Reichsbahn auf Grund der Staffeltarife die Zubringerstraße Inowulz-erwer-Cöfel um 43 v. H., dagegen die direkte Bahnstraße Berlin auf Grund der Ausnahmestafette nur um 28 v. H., erhöht hat. Großen Nutzen die Kohlen für den kombinierten Land- und Wasserweg noch immer um 37 v. H. unter denen des Schienenweges, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Oberfrachten infolge des schweren Ersten Weltkrieges in dem Maße gestiegen sind wie die der nordwestdeutschen Wasserstraßen. Ihr Ende besifferte sich im Jahre 1929 je Tonne Kohlen auf dem Rhein auf 161, auf der Oder auf 118, für Eisenerze oder anderes schweres Marsgut auf dem Rhein auf 152, auf der Elbe auf 200 und auf der Oder auf 85 (1913 = 100; „Wirtsch. u. Statistik“ Nr. 4/1930 S. 134).

Die niedrigen frachten entsprechen dem Niedrigstand des Oberwasserflusses, während die übrigen Wasserstraßen eine im Jahr zu Jahr zunehmende Deckungsquote aufweisen. Sie ist gegen 1913 im Rhein-Main-Strömungsgebiet um 26,1 v. H. und auf den nordwest-

deutschen Wasserstraßen sogar um 126,4 p. H. gestiegen. Dagegen ist der Güterumschlagverkehr in den wichtigsten Oberhäfen um rd. 41 p. H. zurückgegangen. Er betrug in Tonnen:

Häfen	1912	1913	1925	1928	1929	Widgang 1929 gegen 1912 in p. H.
Cöfel . . .	3 406 700	5 698 200	2 991 400	2 068 700	2 532 000	56,9
Breslau . .	1 484 900	1 565 600	4 97 800	643 000	763 000	51,3
Stettin . . .	3 560 900	5 053 700	2 843 100	2 738 000	3 002 900	40,6
Zusammen:	8 452 500	10 317 500	6 532 300	5 449 700	6 097 900	40,9

Die Auswirkung dieses katastrophalen Niederganges auf das Wirtschaftsleben der Städte, die ihrer ganzen Struktur nach auf den Güterumschlagverkehr eingestellt sind und zum Teil die Ansiedlung wichtiger Industrien der Wasserstraße verdanken, zeigt die Statistik des Arbeitsmarktes. Am 30. September 1929 waren von je 1000 Einwohnern in den Städten über 100 000 Einwohner, 23,0 Empfänger von Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung. In Breslau aber betrug dieser Satz 38,0 und in Stettin 37,7 p. C. Ganze Industriezweige wandern von Breslau ab, wie z. B. die Bergwerksgesellschaft Georg v. Sieswics Erben, die ihre Weiterarbeitshäute nach Magdeburg an den Endpunkt des Mittelkanals verlegt hat. Eben kommt auch die Nachricht, daß die Lokomotivenfabrik Kintz-Hoffmann ihren Standort von Breslau weg nach Mitteldeutschland verlegen will. Selbstverständlich sprechen hierbei auch andere Gründe, vor allem die Grenzschicksalschäden, mit. Unzuverlässigkeit aber spielt auch der Niedergang der Hauptwasserstraße, der Breslau in erster Linie seine Entwicklung verdankt, dabei eine Rolle. Auch die Grenzschicksalschäden, mit. Unzuverlässigkeit aber spielt auch der Niedergang der Hauptwasserstraße, der Breslau in erster Linie seine Entwicklung verdankt, dabei eine Rolle.

Die Auswirkung dieses katastrophalen Niederganges auf das Wirtschaftsleben der Städte, die ihrer ganzen Struktur nach auf den Güterumschlagverkehr eingestellt sind und zum Teil die Ansiedlung wichtiger Industrien der Wasserstraße verdanken, zeigt die Statistik des Arbeitsmarktes. Am 30. September 1929 waren von je 1000 Einwohnern in den Städten über 100 000 Einwohner, 23,0 Empfänger von Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung. In Breslau aber betrug dieser Satz 38,0 und in Stettin 37,7 p. C. Ganze Industriezweige wandern von Breslau ab, wie z. B. die Bergwerksgesellschaft Georg v. Sieswics Erben, die ihre Weiterarbeitshäute nach Magdeburg an den Endpunkt des Mittelkanals verlegt hat. Eben kommt auch die Nachricht, daß die Lokomotivenfabrik Kintz-Hoffmann ihren Standort von Breslau weg nach Mitteldeutschland verlegen will. Selbstverständlich sprechen hierbei auch andere Gründe, vor allem die Grenzschicksalschäden, mit. Unzuverlässigkeit aber spielt auch der Niedergang der Hauptwasserstraße, der Breslau in erster Linie seine Entwicklung verdankt, dabei eine Rolle. Auch die Grenzschicksalschäden, mit. Unzuverlässigkeit aber spielt auch der Niedergang der Hauptwasserstraße, der Breslau in erster Linie seine Entwicklung verdankt, dabei eine Rolle.



fendet. Erheblich zurückgegangen ist der Empfang aus Schlesien, während sowohl der Derland als der Empfang über Stettin heute bereits den Vorkriegsstand wieder erreicht haben dürfte, was auf die Rentabilität des Hohensollern-Kanals, der ein Großschiffahrtsweg für 1000-Tonnenfähre ist, zurückzuführen ist.

Durchgangsverkehr in 1000 Tonnen:

Richtung	1913			1926			Widgang
	Berlin	Ober	Breslau	Berlin	Ober	Breslau	
Ober-Sprea-Kanal, Finow- bzw. Hohensollern-Kanal . . .	3 135,8	611,9	3 747,7	2 233,3	419,0	2 652,3	29,2
Zusammen:	4 414,6	1 292,1	5 686,7	3 090,2	1 074,1	4 132,6	27,5

Schließlich sei auch noch des Klobnitz-Kanals gedacht, der das Industriegebiet mit Cöfel verbindet. Er ist völlig veraltet (wurde Anfang des 19. Jahrhunderts eröffnet) und nur für Kähne mit höchstens 155 t Nutzlast befahrbar. Mit Recht fordert die oberhalbste Industrie seinen Ersatz durch einen modernen für 1000-t-Kähne schiffbaren Großschiffahrtsweg, dessen Bau auch vorgesehen und mit 40 Millionen RM. Kosten veranschlagt ist. Der Durchgangsverkehr durch den Klobnitz-Kanal bejagerte sich 1926 auf 37 405 t gegen 70 084 t im Jahre 1913. Sein Ersatz durch einen modernen Kanal würde der Oberfährt, die, wie schon erwähnt, unter den hohen Frachteinfrachten leidet, erhebliche Frachtmengen zuführen können.

Ein besonderer Uebelstand ist die Differenz zwischen den Berg- und Talfrachten. Im Jahre 1913 beanspruchte der Verkehr zu Berg gemessenmäßig nur 40 p. H. des Transportes zu Tal. Heute kommen in Cöfel nach rd. 26 p. H. der Güter an, die ausgehen. In Breslau beträgt das Verhältnis der Bergfrachten nur 25 p. H. der Talfrachten. Umgekehrt stellt es sich allerdings in den Häfen der Mittel- und Unteroder dar. In Frankfurt z. B. überwiegen die Bergfrachten die Talfrachten um 50 p. H. Doch gewährt die kurze Strecke und die geringfügigkeit des Umfanges in Frankfurt (1913: 93 200 t; 1926: 65 300 t) einen Ausgleich. Die Rentabilität der Schifffahrt ist natürlich stark unter dem Mißverhältnis, daß beladen ankommende Kähne keine Rückfracht finden und leer zu Berg geschleppt werden müssen.

Fragen wir nach den Ursachen des Verkehrsrückganges, so finden wir neben den politischen Gründen insbesondere nachteilige klimatische und geographische Verhältnisse. Im Westen des Oberlaufes bilden die Sudeten einen Windfang, der die Wasserführung des Stromes je nachdem beeinflusst, ob die gegen die Gebirgsmauer fließenden Ostwinde Wasser oder Trockenheit führen. Im ersten Falle entlassen sie gewaltige Niedererschläge, die die Sudetennebenflüsse der Oder in wenigen Stunden erheblich anschwellen lassen, um bei feil trockenen Winden ebenso schnell fast zum Verfließen zu bringen. Regnierendes Gießescher oder natürlicher Sammelregen in Gestalt von Seen heißen weder die Nebenflüsse noch die Ober selbst. Infolgedessen leidet die Wasserführung unter großen, der Schifffahrt abträglichen Schwankungen, die bei Niedrigwasser einen Stand erreichen, der jede Schifffahrt ausschließt. Die Wasserabflugsmenge beträgt je Sekunde in ehm bei

Richtung	Stettin	Danzig	Öbgingen			
	1913	1918	1913	1928	1913	1928
Gesamtgüterverkehr . .	6 245 500	4 097 000	2 112 100	8 615 700	—	2 606 300
davon:						
Wäfen . . .	118 100	98 100	10 600	5 562 200	—	1 747 800
Erz, Schrott . . .	1 784 000	942 000	216 700	917 900	—	2 700

Etwas günstiger als der Güterumschlag in den Oberhäfen hat sich der Durchgangsverkehr von der Oder nach Berlin und umgekehrt entwickelt, obwohl er auch hinter den Vorkriegsstand zurückbleibt. Berlin empfängt von Oberflüssen hauptsächlich Kohle, die durch den Spree-Oder-Kanal verfrachtet wird, während es von Stettin durch den Hohensollern-Kanal besonders Lebensmittel empfangt und seine Industrieerzeugnisse auf diesem Wege über die Ostsee

Pegel	Niedrig-	Mittel-	Hoch-	Schwankungen
		wasser		zwischen Niedrig- und Hochwasser
Ratibor	4,5	40	570	548 fad
Breslau	21	150	2200	105 "
Frankfurt	57	524	2500	40 "
Schlesie Finowkanal	47	480	3200	22 "

Die Folge davon sind nicht minder beträchtliche Schwankungen der Fohrgangswerttiefe, die z. B. bei Frankfurt im Jahre 1921 auf 2 m niedrig und im Jahre 1921 nur 0,70 m betrug. Bei Glogau wurden sogar Tiefendifferenzen von 2,21 m und 0,55 m festgelegt. Der Oderkahn aber verlangt bei voller Beladung eine Mindesttiefe von 1,70 m und selbst bei halber Ladung wenigstens noch eine Tiefe von 1,20 m.

Das fohngangsermögden der Oderkähne, deren Zahl für 1926 von der Oberstrombauverwaltung auf 1900 mit 78000 t angegeben wird, beträgt für den auf der Oder üblichen Typ bei vollstohffiger Waffertiefe 600 t. Es ist der sogenannte Breslauer Maßkahn, der 55 m lang und 3 m breit ist. Seltener anzutreffen ist der Plauer Maßkahn, der bei einer Länge von 65 bis 67 m und 4 bis 8,20 m Breite 280 t faßt. Modernere 1000-t-Kähne, wie sie auf den westdeutschen Waffertiefen anzutreffen sind, führt die Oder nicht, weil die sie für sie notwendige Waffertiefe nur selten vorhanden ist. Schon die Breslauer Maßkähne können nur in 63 v. H. der gesamten Schifffahrtsperiode volle bis wenigstens Dreiviertelbeladung führen. Daher sind für jeden Kahn nach einer Erhebung des Breslauer Schifffahrtsvereines im Jahre nur zwei Reisen möglich, davon zwei je 450 t, eine mit 300 t und eine mit 250 t Ladung. Ein Hauptfordernis ist also die Herstellung einer die ganze Schifffahrtsperiode hindurch gleichbleibenden Fohrgangswaffertiefe von mindestens 1,50 m, wie sie das Geseh von 30. Juni 1913 anstrebt. Die wenig diese Zahl bisher erreicht worden ist, zeigt die nachstehende Aufstellung über die Ausnützungsmöglichkeit der Schifffahrtsperiode, die bis 1926 dem Bescheid der Oberstrombauverwaltung für 1927 und 1928 den Mitteilungen des Breslauer Schifffahrtsvereines entnommen ist.

Jahr	volle Ladung Tage	bis $\frac{1}{2}$ Ladung Tage	bis $\frac{1}{4}$ Ladung Tage	wenig Tage
1914	102	115	88	10
1917	21	15	65	129
1921	143	13	53	27
1926	292	8	8	41
1927	255	15	15	27
1928	143	51	44	32

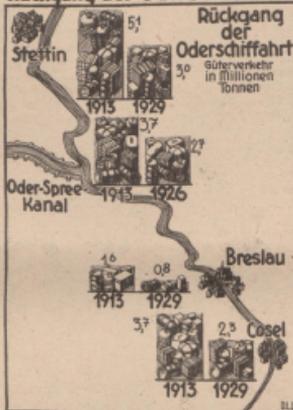
Einwangs wurde davon gesprochen, daß Vorricksflößen an diesen Verhältnissen viel Schuld beizumessen ist. Nachdem Friedrich der Große der Oberregulierung seine besondere Aufmerksamkeit zugewandt hatte, liegen seine Nachfolger das Werk wieder verfallen. Der Schifffahrtsverkehr, der um die Wende des 19. Jahrhunderts bei Breslau schon über 100000 t betragen hatte, ging in der Folgezeit bis in die siebziger Jahre hinein wieder auf den zehnten Teil zurück. Das Preussische Abgeordnetenhaus ließ sich vor dem Kriege Bewilligungen für die Oderregulierung nur mühsam abringen und die bewilligten Gelder wurden nur schleppend zur Verfügung gestellt. Das obenwähnte Geseh von 1913 brachte nur einen Teil der im Jahre 1905 sterlich gemachten Forderungen. Allerdings hatte schon

das Obergeseh von 1905 die Regulierung der Ober- und Kanalisierung des Oderlaufes bis Breslau gedrängt. Was aber nötig die Herstellung einer tatsächlichen Waffertiefe von 1,50 m von Cofel bis Breslau, wenn die Kähne im Unterlauf doch liegen bleiben und wie im Sommer 1928 verkommen?

Diese Schwierigkeiten sollen durch das Staubecken von Ottmachow beseitigt werden, das schon in dem Geseh von 1913 verankert wurde, aber dem Reiche durch ein Nachtragsgeseh vom 11. Juli 1921 übernommen werden mußte. Erst im Jahre 1926 wurden die Arbeiten am Ottmachauer Staubecken auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogrammes in Angriff genommen. Es handelt sich um ein Riesengeseh, dessen Kosten auf 25 Mill. RM. veranschlagt werden. Das Staubecken soll bei einem Fohngangsermögden von 135 Millionen cbm die Hochwässer der Gläher Neize aufammen und durch Wasserabgabe bei Niedrigwasser eine dauernd gleichbleibende Fohrgangswaffertiefe, die über den Vorschlag von 1913 hinausgehend 1,70 m betragen soll, sicherstellen. Die sekundäre Waffertiefung bei Breslau wird nach seiner Fertigstellung bei Niedrigwasser hat bisher 21 cbm fünfzig 45 cbm erreichen. Die Kosten der Schifffahrtsverein erhofft die Jahresreisen eines Kahnes durch das Staubecken von vier auf fünf, die Jahresgesamtladung von 1460 auf 2070 t steigern zu können. Diese Verkehrsverbesserung läßt eine Frachterbilligung um etwa den sechsten Teil der heutigen Selbstkosten erwarten.

Inzwischen hat die an der Oberschifffahrt interessierte Wirtschaft ihre Wünsche weiter gefaßt, weil durch die Inangriffnahme des letzten Säufes hebliden Vorrprung vor der oberdeutschen Industrie erzielt. Nach einer Berechnung der Handelskammer Breslau würde sich die Fracht für eine Tonne Kohlen vom Ruhrgebiet nach Berlin bei Benützung des Mittelland-Kanales auf 5,45 RM. stellen und damit selbst nach Fertigstellung des Ottmachauer Staubeckens wesentlich hinter der Landwasserfracht Hindenburg-Berlin zurückbleiben. Daher fordert sie den Bau weiterer Staubecken an den zahlreichen Zielstellen des Oderoberlaufes aus, auch auf ischschiffbares Gebiet, für die sich der Prager Ministerialrat Meierle bereits ausgesprochen hat. Hierdurch zeigt die Tschechoslowakei ihr besonderes Interesse an der Wasserrirtschaft der Oder, das auch durch die lebhafteste Propagierung eines Donau-Ober-Elbe-Kanales zum Ausdruck kommt. Jedoch liegen diese Pläne noch auf weitem Felde. Es wird unter den heutigen Finanzverhältnissen schon aller Anstrengungen bedürfen, die für die nahe Zukunft vorgesehenen Aufgaben durchzuführen und die Regulierung des Mittellaufes der Oder, die auf 38 Mill. RM. veranschlagt wird in Angriff zu nehmen. Zur neherer maag erwähnt sein, daß alle diese Arbeiten nicht nur einseitigen Verkehrsinteressen dienen, sondern auch die Kandwirtschaft vor den schweren Hochwasserdritten zu schützen vermögen, ganz davon abgesehen, daß sich das arme Deutschland sogar zur Rationierung seiner Waffertiefen beduemen muß und nicht nur für schnellen Abzug des Waffertiefenverlustes, sondern für dessen Aufspeicherung für wasserarme Zeiten sorgen muß.

Rückgang der Oderschifffahrt



Die politische Bedeutung der Regelung der Ofireparationen.

Von Dr. Heinz von Paller.

Die Diskussion über die nicht nur für das Reich, sondern die gesamte Weltwirtschaft außerordentlich bedeutsame Klärung der deutschen Reparationsfrage hat begrifflichere Weise das Augenmerk der deutschen Öffentlichkeit von den gleichfalls in dem Haag geregelten sogenannten Ofireparationen stark abgelenkt. Handelte es sich wirtschaftlich bei den deutschen Reparationen um wirklich große finanzielle Interessen, so bedeutet Haag politisch für das Reich doch nur die Festlegung einer schon vor Jahren angebahnten Politik der Verständigung zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Anders bei den Ofireparationen. Hier handelte es sich wirtschaftlich im Vergleich mit den zwischen dem Reich und den Großmächten schwelenden finanziellen Fragen um relativ bescheidene Summen; politisch hat Haag jedoch im Osten Europas, jenem wichtigsten Neben-

kriegsballplatz des europäischen Nachkriegens, überhaupt erst die Voraussetzungen für eine friedliche Auseinandersetzung der Staaten geschaffen. Diese Tatsache ist es, die jenen Entscheidungen in dem Haag über die Ofireparationen eine gerade vom gesamtdeutschen Standpunkt sehr wesentliche Bedeutung verleiht. Drohte im Osten und Südosten des mitteleuropäischen Raumes zwar nicht die Befestigung fremden Bodens, auch nicht — wenn man von Bulgarien abliest — die Entreibung drückender, hoher Reparationen, die die Besiedelung immer wieder zu verhindern vermochten, so schwebte doch immer die Möglichkeit, untragbare Kosten in irgend-einem künftigen Zeitpunkt aufzuerheben, wie ein Dammsturz über den besetzten Dächern. Zu diesem hierdurch rechtlich komplizierten, jede politische Klärung erschwerenden Verhältnissen trat

noch die Fälle unregelmäßiger finanzieller Rückstände aus der Liquidation der Österreichisch-ungarischen Monarchie. Um es an einem Beispiel zu demonstrieren, Deutschösterreich „ah sich seiner wirtschaftlichen und politischen Souveränität nicht nur durch die Bestimmungen des Diktatfriedens von St. Germain beraubt, sondern es war durch die Gefahr, jederzeit Reparationen zahlen zu müssen, in seinem wirtschaftlichen und politischen Handeln außerordentlich beschränkt. Aber nicht nur Österreich, sondern auch Ungarn und Bulgarien haben diese aus den Diktatverträgen geschlossene Enge ihres wirtschaftlichen und politischen Lebens tief genug empfunden müssen. Es ist doch geradezu grotesk, daß man denselben Staaten, denen man in den Pariser Diktatverträgen relativ hohe Reparationen, oder in bezug auf Österreich eine bisher gar nicht festgesetzte Reparationsverpflichtung auferlegte, schon in den ersten fünf Jahren nach Beendigung des Krieges entweder eine internationale Hilfe angedeihen lassen mußte, um einen gänzlichen, alle europäischen Staaten mit in Leidenschaft ziehenden wirtschaftlichen und staatlichen Zusammenbruch dieser Länder zu vermeiden, wie bei Österreich und Ungarn, oder, wie bei Bulgarien, die Reparationen fünden mußte. Aber den vor allem aus der offenkundigen Vergeßlichkeit des Selbstbestimmungsrechtes der besiegten Völker entstehenden latenten politisch-wirtschaftlichen Spannungen waren ja aus dem Erbe des zusammengebrochenen alten, gemeinsamen Staates und durch die Friedensverträge wirtschaftliche und finanzpolitische Schwierigkeiten erwachsen, die das Verhältnis der neuen Staaten noch mehr vergifteten. Dieser Zustand wurde zu allem noch dadurch verschärft, daß die Staaten der Kleinen Entente und auch Polen ihre aus dem Weltkrieg datierenden finanziellen Verpflichtungen (die sogenannten „Befreiungsschulden“) gegenüber Italien, Frankreich und England auf die besiegten Staaten zu überwälzen bemüht waren, abgesehen davon, daß die aus den Diktatverträgen von den besiegten Staaten zu leistenden Zahlungen ihnen, wie ja auch den Großmächten, bei politischen Verwicklungen stets den willkommenen Anlaß geboten hätten, als Druckmittel gegen die zahlungspflichtigen Länder und Völker auszuüben. Die Möglichkeiten einer solchen Politik brauchen hier nicht angedeutet zu werden. Poincaré hat sie seinen kleinen Verbündeten ja oft genug vordemonstriert! Je mehr jedoch das wirtschaftliche Denken Europas, der Welt zu der Überzeugung kam, daß man weltwirtschaftliche Interessen nicht mit politischen Gewaltmitteln vertreten könne, je mehr sich die Überzeugung durchdrang, daß die Reparationspolitik der Großmächte wirtschaftlich und nicht politisch gelöst werden müsse, um so klarer wurde es, daß auch die soll schon ästhetischen finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen der Nachfolgestaaten geregelt werden müssen.

Die Einzelheiten der am 20. Januar 1930 in dem Haag getroffenen Vereinbarungen, die bei den gegenwärtig in Paris stattfindenden Besprechungen ihre letzte Fiktion erkalten, stehen hier aus zu weitgehend unerörtert bleiben. Es ist an dieser Stelle schon ausgeführt worden, daß Deutschösterreich im Haag einen vollen Erfolg errungen hat*). Daß der außenpolitischen Konstellation gelang Österreich die Befreiung von den Reparations- und anderen Schulden der finanziellen Liquidation. Es kann heute niemand mehr Ansprüche aus dem Diktatvertrag an Österreich stellen, weder ein Staat noch ein Angehöriger eines anderen Staates. Die Pfänder, das aus Österreich seit 1919 seiner laienbe Generalpfandrecht, wurden aufgehoben. Die Reparationskommission wurde am 1. April d. J. aufgelöst, eine liquidierende Stelle nur mit der Ordnung der österreichisch-ungarischen Vorkriegsanleihen, die natürlich aufrecht bleiben, betraut.

Auch Ungarn kann, wenn auch längst nicht in dem Maße als Österreich, das Ergebnis in dem Haag als einen Erfolg buchen. Jedenfalls bleiben seine Reparationsverpflichtungen unerändert,

aber es zahlt von 1944 bis 1966 jährlich 15,5 Millionen Gk. aus dem Titel sonstiger Verpflichtungen. Durch Bildung zweier von den Großmächten aus den ungarischen Zahlungen zur Verfügung gestellter Fonds hat Ungarn nach langem, zähem Kampf die Entschädigung seiner durch die Agrarreform in den Nachfolgestaaten entrechteten Staatsbürger erreicht.

Das Ziel wäre aber nicht erreicht worden, wenn nicht die Großmächte — das muß offen gesagt werden — ihr Möglichstes getan hätten, um Ordnung zu schaffen. Hätten sie der ersten Haager Konferenz noch durch Verkürzung der Anteile der kleinen Bundesgenossen diese geradezu gedrängt, sich im Offenen schloßlos zu halten, so haben sie nun solche Befreiungen mit eigenen Opfern erwirkt und abgemacht. Dabei soll nicht übersehen werden, was in dem Haag in bezug auf die Regelung der Ökonomieerreichte erreicht wurde. Die Deutsche dies- und jenseits der Grenzen haben es lernen müssen, dem Schicksal schon dankbar zu sein, wenn einmal wieder die Dornen auf dem Weg der politischen Dinge bestimmt.

Die Tschechoslowakei, die nach dem Ergebnis der ersten Haager Konferenz aus dem Titel der Befreiungsschulden durch 37 Jahre 11 Millionen Gk. an Italien und England zahlen sollte, hat eine Ermäßigung dieser Annuität auf 10 Millionen Gk. erlangt. Ebenso hat sie endlich ihren beharrlich verfolgten Anspruch auf einen Anteil an den Ökonomieerreichten durchgesetzt (wenn auch nicht den an den deutschen Reparationen), allerdings beträgt er nur 1 v. H. Da nun Ungarn 10 Millionen Gk., Bulgarien 11 Millionen Gk. im Durchschnitt zu zahlen haben, erhält die Tschechoslowakei während der Laufzeit jener Reparationen jährlich etwas mehr als 200 000 Gk. Aus dem Titel der Befreiungsschulden und der sogenannten Kriegshilfe betragen die jährlichen Gesamtleistungen der Tschechoslowakei 115,5 Millionen Kc.

Warum hat Deutschösterreich und auch Ungarn gegenüber dem Deutschen Reich und zum Teil Bulgarien in dem Haag so günstig abgesehen? Eine maßgebende Persönlichkeit der reichsdeutschen Wissenschaft hat kürzlich an einer nicht minder bedeutenden Stelle dieses Ergebnis für Deutschösterreich vom gesamtdeutschen Standpunkt bebauert, weil sie befürchtet, daß die finanzielle Befreiung des Reiches durch den Neuen Plan das reparationsfreie Europa, von seiner allgemein deutschen Einmüßigung abdrängen werde. Abgesehen davon, daß eine solche Befürchtung eine völlige Verformung der psychologischen und nationalen Urursachen der benutzt deutschen Einstellung der Ökonomie offenbart, überflüssig ist, daß Österreich, solange seine durch den Friedensvertrag von St. Germain an seine festgesetzte Reparationsverpflichtung bestand, niemals wegen konnte, eine Anschließungspolitik zu verfolgen ohne in Gefahr zu laufen, über Nacht die schwersten Reparationszahlungen leisten zu müssen. Eine durch die italienisch-ungarische Allianz in ihrem Gegensatz zur Kleinen Entente und Frankreich entstandene politische Situation hat Österreich in die glückliche Lage versetzt, sich zu freuen, da zwei sich stritten. Und man hat eben schließlich auch in Prag, Rom und Paris einsehen müssen, daß Deutschösterreich keine Reparationen zahlen kann, daß die bloße Erhebung von Reparationsforderungen nahezu 50 Jahre nach dem Friedensschluß — denn bis 1968 war Österreich infolge der Abkommen über die sogenannten Reliefschulden aus den ersten Hungerjahren und die Völkerbundbeiträge vor Reparationen gesichert — auch kein politisches Mittel mehr gegen einen Staat und seine Politik ist.

Das Deutsche Reich hat alle Ursache, sich zusammen mit allen den Köpfen seiner Gegenwart auf diese Entwicklung im Südosten des mitteleuropäischen Raumes zu richten. Die Zeit wird, wie vor nicht langer Zeit ein amerikanischer Beobachter in der „Current History“ feststellte, reif für eine deutsche Politik, die raumgemäß in jenen Südosträumen deutschen Volksobens eintritt.

Das deutsche Schulwesen in Polen.

Von Oberregierungsrat Dr. W. Eichmann.

Dieser Aufsatz soll sich auf eine bestimmte Frage beschränken, nämlich darauf, ob für die deutsche Minderheit in den ehemals preussischen Teilgebieten des heutigen Polens eine ausreichende Beschulung der deutschen Minderheit durchgeführt ist. Hierzu soll erstmalig auf der Grundlage sorgfältiger statistischer Erhebungen das Gesamtbild des Standes der Schulfürsorge für die Minderheiten aufgezeigt und die Entwicklungslinie gekennzeichnet werden.

Zunächst sei eine Darstellung der Schulverhältnisse in den ehemals preussischen Teilgebieten der Provinzen Posen

und Westpreußen gegeben, und zwar vorerst für das Gebiet der Volksschule nach dem Stand vom 1. September 1929.

Ordnungsmäßig befaßt in staatlichen deutschen Minderheitenvolksschulen waren 17 000 Kinder. Zu dieser Zahl treten 3000 weitere Kinder hinzu, die in privaten Minderheitenvolksschulen untergebracht sind, insgesamt dürfen danach 20 000 Kinder als ordnungsmäßig befaßt gezählt werden.

Demgegenüber befaßen aber 14 000 Kinder deutscher Nationalität kleinerer deutsche Schulen. Sie sind vielmehr in staatlichen polnischen Schulen mit polnischer Unterrichts-

*) Siehe „Heimatdienst“, 2. Februarheft 1930.

sprache untergebracht, in denen nur 1560 Kinder einen geringfügigen deutschen Sprachunterricht erhalten. Von den vorhandenen deutschen Kindern waren danach unter Einrechnung der Privatschulbesucher nur 59 v. H. ordnungsmäßig beschriftet. Es dürfte sich erllbrigen, dieser Zahl noch eine Bemerkung hinzuzufügen.

Von besonderem Interesse ist weiter die Aufteilung der freien gegebenen Ziffern auf die einzelnen Landesteile, nämlich auf die Bezirke Pommern, Neuhgauen und Posen.

Im Neuhgauen liegen die Verhältnisse am günstigsten. In 159 staatlichen und 26 privaten deutschen Minderheitenschulen sind insgesamt 9000 Kinder ordnungsmäßig beschriftet, während 2500 Kinder polnische Schulen besuchen müssen. Insgesamt beschriftet also ein Prozentfuß von 22 v. H. im Neuhgauen polnische Schulen.

Im Bezirk Posen liegen die Dinge schon ungünstiger. Hier sind bereits 40 v. H. der deutschen Kinder gezwungen, die polnische Schule zu besuchen. Es gehen 7150 Kinder in 90 staatliche und 49 private deutsche Minderheitsschulen, während 4820 Kinder die polnische Schule besuchen müssen.

Im ungünstigsten liegen die Verhältnisse in Pommern, also in den national unstrittigen Teilen der ehemals preussischen Gebiete. Hier sind 62 v. H. der deutschen Kinder gezwungen, polnische Schulen zu besuchen. Im ganzen Korridorgebiet sind nur 70 staatliche und fünf private deutsche Minderheitenschulen vorhanden mit einer Besucherzahl von insgesamt 4114 Kindern. Auf polnischen Schulen befinden sich dagegen 6912 Kinder.

Die Folgerung, die bei dieser regionalen Aufteilung der Ziffern auf der Hand liegt und die sich durch eine freisweise Aufteilung noch weiter erhärten ließe, ist, daß bei der Gestaltung der Schulverhältnisse offenbar politische Kräftlinien das Verteilungsfeld beeinflussen.

Am interessantesten ist für die Darstellung des deutschen Minderheitenschulwesens aber vielleicht die gesamte Entwicklungstabelle des deutschen Schulwesens in den Jahren von 1924 bis 1929. Hier ergibt sich nämlich folgendes Bild: Von der Gesamtzahl der in Posen und Pommern vorhandenen deutschen Volksschüler ging in den Jahren 1924/25 ein ständig abnehmender Prozentsatz in die deutsche Schule und ein ständig zunehmender Prozentsatz in die polnische Schule. In die deutsche Schule gingen

1924/25 noch	70,2 v. H.
1925/26	66,6 "
1926/27	63,4 "
1927/28	62,1 "
1928/29 gar nur	59 "

Demgegenüber steigen die Zahlen in den polnischen Unterrichtsbetrieben von 29,8 v. H. im Schuljahre 1924/25 entsprechend bis auf 41 v. H. im Schuljahre 1928/29.

Einen entsprechenden Rückgang zeigt auch die Entwicklungstabelle in der Zahl der Schulen. Am 1. Dezember 1925 befanden sich 507 öffentliche Unterrichtsbetriebe. Am 1. Dezember 1929 befanden sich nur mehr noch 300 öffentliche Unterrichtsbetriebe. Es ist also in den Jahren 1925 bis 1929 ein Rückgang von 40 v. H. festzustellen.

So zeigt also die Entwicklungstabelle deutlich zwei Tatsachen: Rapider Abbau der Schulen, rapider Rückgang der Besucherzahl von deutschen Schülern, und zwar ohne entsprechenden Rückgang an der Gesamtzahl der vorhandenen deutschen Kinder.

Nicht günstig ist die Sachlage in Polnisch-Oberschlesien. Mit Sicherheit darf angenommen werden, daß auch hier nicht annähernd die vorhandenen deutschen Kinder sämtlich eine ordnungsmäßige Beschulung in deutschen Schulen erhalten, wenn auch die Nationalität zufolge der Zweifelhaftheit der Bevölkerung nicht immer objektiv festzustellen ist. Im Jahre 1928 wurden bei den Wahlen in Polnisch-Oberschlesien insgesamt etwa 165 000 deutsche

Stimmen abgegeben, die etwa 33 v. H. der Gesamtbevölkerung von Polnisch-Oberschlesien entsprechen. In deutsche Schulen eingeschult befinden sich nun aber nur 21 000 Kinder, d. h. 12 v. H. der in Oberschlesien gesamten schulpflichtigen Kinder. Selbst unter Zugrundelegung der Tatsache, daß der polnische Bevölkerungsanteil eine höhere Geburtenziffer aufweist, stehen diese Prozentzahlen in einem offensibaren Mißverhältnis zueinander.

Deutlich und zweifellos festzustellen ist der Rückgang der Schulkürsorge an der Hand der Entwicklung der Besuchsziffern.

Im Jahre 1923 wurde durch die Weimobdschaft in Polnisch-Oberschlesien der Anspruch auf die Errichtung von 102 Minderheitsschulen auf Grund von 43 500 Anträgen anerkannt. Das Jahr 1924/25 brachte auch nicht entfernt die Ausführung des anerkannten Anspruchs. Es wurden vielmehr nur 74 öffentliche Minderheitsschulen mit etwa 18 000 Kindern errichtet. Die Schuljahre 1925/26 und 1926/27 brachten dank der Spruchpraxis des Präsidenten Calonder und des Verhängnisvollens des damaligen ober-schlesischen Weimoden ein Anziehen der Besucherzahl auf die ungenügende Höhe von 20 000 Schülern. Nach dem Wechsel in der Weimobdschaft im Jahre 1927 trat alsdann ein rapider Rückgang ein. Die Schülerzahl sank auf 17 519 im Schuljahre 1928/29 und auf 15 472 Schüler im Jahre 1929/30.

Was nun für das Gebiet des Volksschulwesens galt, gilt in noch verstärktem Maße für das Gebiet des höheren Minderheitenschulwesens. — In den staatlichen höheren Minderheitsschulen in Kattowice und Königshütte sank die Zahl der deutschen Schüler von 593 im Jahre 1926/27 auf 412 Schüler im Schuljahre 1929/30.

In den städtischen höheren Schulen ging die Schülerzahl von 1033 Schülern im Jahre 1925/26 auf 593 Schüler im Schuljahre 1929/30 zurück. In den städtischen Mittelschulen wurden 1925/26 2405 Schüler, im Jahre 1929/30 dagegen infolge eines Abbaues der Parallelklassen in den unteren Klassen nur noch 1570 Schüler geählt. Von diesen Ziffern darf also wohl gesagt werden, daß sie eine ganz eindeutige Sprache sprechen.

Ganz besonders charakteristisch für Polnisch-Oberschlesien ist aber der Wechsel in der Nationalität der Lehrer. Für die Volksschulen ergibt sich hier folgendes Bild: Im Jahre 1925/26 waren neben 26 deutschen Schulleitern bereits 57 polnische Schulleiter zu zählen. Im Jahre 1929/30 hat sich dieser Verhältnissatz noch weiter verschlechtert. Hier stehen 18 deutsche Schulleiter 52 polnischen Schulleitern gegenüber. Unter den tätigen Lehrern waren im Jahre 1925/26 509 deutsche Lehrer neben 49 polnischen Lehrern zu zählen. Im Jahre 1929/30 beträgt die Zahl der deutschen Lehrer nur noch 250, die Zahl der polnischen Lehrer dagegen 60.

Diese Verhältnisszahlen müssen aber beinahe noch als besriedigend bezeichnet werden gegenüber dem Wechsel an den höheren deutschen Schulen, bei denen es sich um die Betreuung der Intelligenz handelt. In den sechs staatlichen und städtischen höheren Schulen sind sämtliche Leiter heute polnisch, deutsche Lehrer sind nur noch 23 vorhanden neben 78 polnischen Lehrern. Der deutsche Lehrerbefund beträgt also nur noch 22,2 v. H. des nationalpolnischen Lehrerbefundes. Bei dieser Zusammenfassung der Lehrkörper können die staatlichen und städtischen höheren Minderheitenschulen als deutsche Schulen nicht mehr angesprochen werden, da naturgemäß nationalpolnische Lehrer deutschen kulturellen Geist nicht pflegen können. Danach darf festgesetzt werden, daß die gegebenen Ziffern einen unatürlichen und nicht einen natürlichen Rückgang des deutschen Schulwesens in den ehemals preussischen Gebieten beweisen.

Wir möchten wünschen, daß der Abschluß der letzten großen Verträge mit Polen eine neue Ära im Verhältnis des polnischen Staates zu seinen Minderheiten einleitet, die keinen Anlaß zu ähnlichen und weiteren Feststellungen gibt.

Die Gefährdung des deutschen Schulwesens in Polen



Vorbildliche Erzeugungs- und Absatzverhältnisse in den Bauernländern Europas.

Von Dipl.-Landwirt Dr. Dr. Richard Kayserbrecht.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts ist die deutsche Agrarproduktion weit schneller gestiegen als die Bevölkerung zunahm. Im 20. Jahrhundert sind sogar auf intensiven Mastergütern Höchstleistungen erzielt worden, die heute noch als Beweis der Überlegenheit unserer Landwirtschaft aufgeführt werden. Aber nicht einzelne Höchstträge, sondern ihr großer, guter Durchschnitt bestimmt den Grad der Nahrungsfreiheit eines Volkes. Diese hat im vergangenen Jahrzehnt in Deutschland bedrohlich abgenommen.



Genossenschaftliche Alpaufzucht mit magerem Vieh in der Schweiz

schon von ihr löst, je größer die Gefahr für die Volksgesundheit.

Diese Gefahr erwächst aus den plötzlichen Änderungen des Weltmarktes. — Durch die alliierten Garantiepreise wurde unter sonnigeren Breiten, auf besseren Böden, bei billigerer Arbeit mit modernsten Betriebsmitteln die überseeische Agrarproduktion selbst fruchtbarster Länder hart gefordert. Die plötzlich nachlassende Nachfrage der alliierten Armeen verursachte eine Preispanne und Verschwendung der Vorräte auf dem Kontinent. Während die heimische Landwirtschaft sich in der Scheinblüte der Inflation konnte, förderten selbst klimatisch begünstigte Länder Europas, wie Italien und Spanien, ihre Landwirtschaft und schickten sie allmählich durch die höchsten europäischen Agrarjölle.

Mit den nach Mitteleuropa abgedrängten überseeischen Agrarimporten verfrähte sich gleichzeitig die Qualitätskonkurrenz. — Die Verdichtung der südlichen Bevölkerung, die Verschleimung des Arbeits- und Lebensmittelbedingte leichtere und gehaltreichere Nahrung. Die gesteigerte und verfeinerte Nachfrage konnte die durch den Raubbau des Krieges erschöpfte und in der Inflation des Betriebskapitals bewandte Landwirtschaft Deutschlands nicht ganz decken. Trotz der angeblich gesunkenen Kaufkraft und der höheren Preise der ausländischen Produkte nahm die Einfuhr daher ständig zu.

Es ist nun bemerkenswert, daß der größere Teil der Qualitätskonkurrenz, gegen die selbst die Jölle wenig nützen, aus den hart vergesossenen Bauernländern stammt. Auf Grund dieser Tatsache empfahl ja die Weltwirtschaftskonferenz 1927 in Genf, daß die notleidende Landwirtschaft die ersten Schritte zur Befreiung ihrer Lage selbst tun müßte, durch genossenschaftliche Zusammenarbeit untereinander und mit den Verbrauchern. Die meisten dieser Bauernländer produzieren außerdem unter klimatisch ungünstigeren Bedingungen als Mitteleuropa. Auf einer europäischen Stu-

dienreise konnte ich die Produktions- und Absatzverhältnisse dieser Länder eingehend studieren und möchte im folgenden das Vorbildliche und Nachahmenswerte kurz andeuten.

Das Dänemark mit rd. einem Drittel des Weltvieherumsatzes und einem Viertel des Umsatzes in Baconschinken an erster Stelle und mit rd. einem Zehntel des Weltvieherumsatzes an dritter Stelle in der Welt steht, ist oft hervorgehoben worden. Dabei ist dies Land kaum

als größer als Österreich. Zu Unrecht wird angenommen, daß es günstiger natürliche Verhältnisse hat als Deutschland. Die Durchschnittsjahrestemperatur ist 1 bis 2 Grad niedriger, der Boden in Jütland geringer als in Ostdeutschland und auf den Inseln kaum besser als im deutschen Durchschnitt.



Verfeinerungsanstalt des Süd-Niederländischen Bundes von Mitterteigenossenschaften zu Maarsseik; Niederlande

Als die Dänen die Gefahr der zunehmenden Konkurrenz merkten, stellten sie sich auf stärkere Tierproduktion um. Um den Ansprüchen der Hamburger und Londoner Händler und Hausfrauen an die einheitliche Qualität großer Mengen guter Ware zu genügen, schlossen sie sich in Betriebsgenossenschaften zusammen. Deren Überdiesse betrübten die Warengenossenschaften, und erst dann legte man den Rest in Kreditgenossenschaften an. Die genossenschaftliche Entwicklung nahm also die umgekehrte Entwicklung wie in Deutschland. Heute hat neun Zehntel der bänischen Käse Mitterteigenossenschaften angegeschlossen. Etwa sieben Zehntel der dänischen Schweine werden in Genossenschaftsschlachtereien verwertet. Das Futter wird zu 40 v. H. durch Futtergenossenschaften gedeckt; einen ebenso hohen Prozentsatz erreicht der genossenschaftliche Kunstdüngerumsatz. Die Ware wird zu geringstem Zeitpunkt billig und in garantierter Güte geliefert. Auch der größte Teil des häuslichen Massenbedarfs wird durch die ländlichen Konsumvereine gedeckt, die fast in allen Dörfern bestehen. Der genossenschaftliche Betrieb erleichtert und verbilligt die Erzeugung. Er hat die Intensivierung der Kleinbetriebe ermöglicht. So hat sich der Kunstdüngerverbrauch in den letzten 50 Jahren rund verdreifacht; er ist wertmäßig in den Betrieben unter 10 ha am stärksten gestiegen. Durch den genossenschaftlichen Absatz wurde die Rentabilität gehoben. Während in Deutschland die Spanne zwischen dem Hof- und Ladenpreis im Durchschnitt etwa 50 v. H. des letzteren beträgt, wachsen die Unterschiede der genossenschaftlichen Verwertung in Dänemark bei der Milch nur ein Zehntel des Verkaufspreises, bei Baconschinken 5 bis 6 M. je Standardfleischschinken (von 65 kg) und bei Eiern vom



Große gem. Käsefabrik Dänemarks Høse, Mittelseeland, Dänemark

Hof bis zum Absatz in London nur rund 1 Pfennig je Ei aus. Dabei gibt es in Dänemark kein Genossenschaftsgesetz. Die großen genossenschaftlichen Erfolge beruhen nur auf zwei Grundlagen: Kieferpflicht und Leistungsvergütung. — Jeder Landwirt verpflichtet sich zur restlosen Ablieferung seiner Produkte an die Genossenschaft (bzw. zum ländlichen Einkauf des Bedarfs bei seiner Warengenossenschaft). Er wird nach der Quali-

tät bezahlt und erhält am Jahresende nach der gelieferten Menge eine Anzahlung. Der künftige Erfolg erzielt schneller zur Rationalisierung als Dutzende schöner Vorträge von Fachleuten.

Bevor man sich — wie schon oft geschrieben — aber darum sorgt, was wir mit der nach dänischem Muster etwa fünf gefestigten Produktion anfangen sollten, darf man nicht vergessen, daß in Deutschland dafür die wichtigsten Voraussetzungen fehlen. Die Standardisierung der Produktion setzt eine Vereinheitlichung der Betriebsmittel und -methoden, diese einen einmütigen Willen und dieser einheitliche Erkenntnis voraus.

Die gesunde Basis für solche Vorbedingungen sind aber nicht Millionen von Zwergbetrieben neben einigen Tausend Kaufmännern, sondern eine Mehrheit gesunder spannfähiger Familienwirtschaften. Diese machen in Dänemark neun Zehntel aller Betriebe aus. (Eine ausführliche Darlegung der dänischen Verhältnisse und Erfolge bietet meine Schrift „Die genossenschaftliche Selbsthilfe der dänischen Landwirtschaft“ gegen Voreinführung von 2,10 M. frei durch Standardverlag Dr. Kayenbrecht, Berlin NW 7, Postfach 15.) — Hat Dänemark die am härtesten vergenossenschaftete Landwirtschaft der Welt, so die in die kapital- und arbeitsintensivste Landwirtschaft

Europas. Auch hier sind in 400 bis 600 m Seehöhe die natürlichen Verhältnisse unangünstiger als in Mitteleuropa. Die dänische Landwirtschaft ist ohne Schnüßel durch Export groß geworden. Die schweizerische Landwirtschaft nähert sich vollständig dem industriellen Binnenmarkt. Die Viererfächung des landwirtschaftlichen Rohertrages seit 1866 ist größtenteils ein genossenschaftlicher Erfolg. Der genossenschaftliche Gedanke liegt den Schweizer Eigenossen seit Jahrhunderten im Blut. Bund und Kantone ermöglichen durch Subventionen, die zusammen je Hektar der durchschnittlichen Pacht für geringen deutschen Boden gleichkommen, die notwendigen Meliorationen für den landwirtschaftlichen Zuwachs. Auf den alten und den neuerschlossenen Wäldern wurden Erzeugung und Verwertung immer rationaler genossenschaftlich betrieben, der Reinertrag trotz der immer unangünstigeren Erzeugungsbedingungen einigermassen gesichert. In den letzten 50 Jahren ist der Wert der Milchproduktion auf das Fünffache gestiegen, während die Zahl der Kühe nur um die Hälfte zugenommen hat. Die Milch deckt zwei Fünftel der Einnahmen der Mittelbauern, ein Drittel der Einnahmen der ganzen schweizerischen Landwirtschaft und ein Viertel des Kalorienbedarfes des Volkes. Das konnte aber nur erreicht werden, weil drei Viertel aller Kühe Milchgenossenschaften geschlossen und auch genossenschaftlich versichert sind. Etwa ein Drittel der Landwirte sind Zuchtgenossenschaften, ebensolche den Warengenossenschaften angeschlossen.

Erk als Betrieb und Bedarf völlig genossenschaftlich rationalisiert waren, wurde die Überschüsse seit Anfang unseres Jahrhunderts auf die neugegründeten Kaufmännischen gelegt. Eine einzige Bauernorganisation unter Führung des Vizepräsidenten der Internationalen Agrar-Kommission, Prof. Dr. Kaur, vertritt die Interessen der 200 000 Betriebe mit einer fast doppelt so großen Mitgliederzahl. Die Hälfte aller Bauern lesen die schweizerische Bauernzeitung. So ist die einheitliche Erkenntnis aller gemeinsamen Bedürfnisse und der einmütige Wille zu ihrer besten Befriedigung gewährleistet. Merkwürdig ist es, daß trotz der Viererfächung der Agrarproduktion und Verdoppelung des Agrarexports der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen absolut abgenommen hat. Er beträgt wie in Deutschland kaum ein Viertel des Volkes. Der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen hat sich aber dem Kräfte von einem Viertel auf ein Fünftel vermindert, der am Volkseinkommen ist von 1924 bis 1927 sogar von einem Fünftel auf ein Achtel gefallen. Diese Tatsache beweist die Notwendigkeit einer internationalen Agrar-Kooperation.

Die Erfolge Dänemarks und der Schweiz haben Holland und Belgien als Vorbild gebietet. Nordholland und Südbelgien haben vielleicht günstigere natürliche Produktionsbedingungen; aber das flandrische Belgien und Nordbrabant in Holland arbeiten etwa mit ungleichen Bedingungen wie umgekehrt Hannover. Daß diese Landwirtschaften trotz der Zersplitterung des Besitzes fortzukommen, verdanken sie auch nur der genossenschaftlichen Zusammenarbeit. Während der letzten beiden Jahrzehnte wurden in Nordbrabant immer größere Molke- und Kasein-Genossenschaften errichtet, immer mehr Kraftfutter genossenschaftlich bezogen. Die steigenden Milch-erträge förderten die Schweinezucht, die auch durch Genossenschaftschlächtereien nach dänischem Muster rentabel erhalten wird. Die Kleinbauern Kimburgs haben sich neben ihrem fagen Korn- und Kartoffelbau durch Eierverwertungsgenossenschaften erhalten, deren erste seit 1870 in Roermond wurde.

Sie hat ermöglicht, daß sich die Geflügelhaltung Hollands gegenüber ihrem Stand im vorigen Jahrhundert und gegenüber dem beiführenden Bestand von heute je Kopf verdreifacht hat. Die flämischen Bauern des Belaischen Bauernbundes haben unter der Führung von Monsgr. Kuytzaens nicht nur das verwaltete Flandern bis auf geringe Reste wieder aufgebaut, sie haben auch ihre Produktion weit über den Vorkriegsstand gesteigert. Fast in jedem Dorf besteht eine Bauernhilfe, die Männer, Frauen und Jugend in Abteilungen vereinigt und ihre Mitglieder betriebswirtschaftlich, agrarrechtlich und genossenschaftlich betreut. Der genossenschaftliche Kunstbäuer- und Kraftfuttererwerb hat sich gegenüber der Vorkriegszeit auf das Sieben- bis Zehnfache gehoben. Die Einlagen der Genossenschaftlichen haben sich seit der Gründung fast verdreifacht. Die Eierbörse haffelt wett-eifert mit Roermond. Bis 1925 mußte Belgien Geflügelprodukte einführen. Bereits 1927 wurde durch die genossenschaftliche Eierverwertung erreicht, daß der Inlandsbedarf voll gedeckt und außerdem für rd. eine Drittelmilliarde fr. Eier ausgeführt werden konnten.

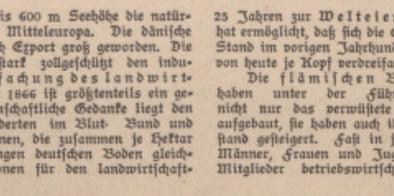
Überall wo die Bauernschaft sich in Betrieb und Absatz genossenschaftlich zusammenschloß, ist sie dem Großbetrieb meist überlegen. Bei steigenden Erträgen und gesunkenen Betriebskosten hebt sich der Reinertrag. Die Verbraucher erhalten für ermäßigte Preise bessere Qualitäten. Die Landkultur und die Lebenshaltung breiter Massen wird gehoben.

So erleben wir es, daß die genossenschaftliche Produktion der Klimatauf benachteiligten Oststaaten exportfähig wird. Von Finnland bis Polen und Ungarn erwachen Mitteleuropa harte Konkurrenten.

Die genossenschaftliche Selbsthilfe der Landwirtschaft wird zur Tat, wenn es den Landwirten völlig klar und ernst wird: Alle für einen — einer für alle!



Nach 4 Stunden sind die von den Bauern zur Genossenschaftsflächtereier abgelieferten Schweine aufgearbeitet und bezahlt



Bänke für Verfrachtung gefüllt



Wie wir schreiben, was wir schreiben / Von Fedor v. Jobeltitz

Die charakterlosen Typen der Schreibmaschinen rattern der Autographenpflege ihren Grobgesang. Im Grunde genügt es, wenn man seinen Namen schreiben lernt, für alle weitere sorgt die Maschine: leserlich ja, gemäÙtoll nein. Ein Liebesbrief in Maschinenschrift ist eine Unendbarkeit, und Denken in die Schreibmaschine eine — Klobloßigkeit. Nun gibt es freilich eine Anzahl Schriftsteller, die sich daran gewöhnt haben, ihre blutwarmen Gedanken entweder schneeflockig selbst oder auf dem Wege des Diktats der Maschinist anguertrauen —, aber die große Arme der Menschen,

Thomas Mann

Ich bin kein Mann, der sich in die Gegenwart einmischt, sondern ich bin ein Mann, der sich in die Vergangenheit mischt. Ich bin ein Mann, der sich in die Vergangenheit mischt, und ich bin ein Mann, der sich in die Vergangenheit mischt.

die sich verschämt Dichter nennen und nach und nach so Gänsefuß zur Stahlfeder übergangen, pflegen doch jetzt das abgeschlossene Opus auf der Maschine verabschieden zu lassen; weil die Maschine nun heut einmal regiert. Daher gelangt von ihren Manuskripten nur verhältnismäßig wenig in die Öffentlichkeit. Die Autographensammler kommen nicht in Derogation, wenn sie den Blick in die Vergangenheit richten, aber sie geraten in Schwierigkeiten, wenn sie auch das Zeitalter umfassen wollen, in dem durch die Schreibmaschine das Schriftwesen unabhängig von der Handschrift geworden ist. Und nur so ist es zu verstehen, wenn die Ausstellung handschriftlicher Werke lebender Autoren, die Roda Roda in der Staatsbibliothek vereinigt hat und deren Objekte zum Verkauf stehen, eine gute Ernte für den Schatzverwalter deutscher Schriftsteller versprechen kann.

Da liegen nun unter schülendem Glas über hundert Handschriften, Dramen, Romane, Novellen, Skizzen, Gedichte, Ausprüche, Einzelblätter und Korrekturbogen, darüber weiß die Bilder der Verfasser. Der Blick gleitet forschend hierhin und dorthin; in welchem Verhältnis stehen die Blätter untereinander und gibt es Rückflüsse aus gewissen typischen Zügen der Handschrift auf den Menschen und seine Stellung in der Literatur? Muß man Graphologie sein, um in den unbehilflicherten, leidenschaftlichen, von biden Tintenstimmern vernarrten Verzerrten das Lebensstempo des Balladenbüblers Börris von Mündschau zu erkennen? Oder in den lateinisch-deutsch gemischten heillosen Zeilen die großgigige abgeschaltete Art der Gabriele Reutter? — Natürlich spricht auch das Alter mit. Vergleichend wir die verschiedenen Niederchriften der Annette Kolb, die fast schulmäßig aus den Tagen, da sie uns durch ihre fein zugespitzte Psychologie und ihre Stimmkraft entzündete, und **Walter von Molo**

Walter von Molo, der in der Welt der Dichtung ein Mann ist, der in der Welt der Dichtung ein Mann ist, der in der Welt der Dichtung ein Mann ist.

die erstarrtelele späterer Zeit, etwa in einer Aesopelander, die sie ohne Brille auf das Papier warf. Eisa Kasser-Schüller: mit fliegender, gleichsam versäusler Feder Aesopelander, feiner und Bedeutend, ohne Monumentalität, aber charakteristisch von großem Reiz. Daneben auf altmodisch variierten Papier die Kaufmannshand von 1800: sollte man glauben, daß sie der formvollendeten, unendlich sarten und auch wieder frostgewaltigen Ricarda Buch gehört?

Viele Schriftzüge mischen gotische und lateinische Ketten, eigenartigere Köpfe bleiben bei den späten Häkchen der Gotik, z. B. Walter von Molo, hier ein wenig rechtsbaberlich, viel verbessernd — so mag man sich eher den „Bohemat“ als das Friedrighsch geschrieben denken. Dann wieder sehr Handschriften, klein, widerständig gedrängt, von unbesreitbarer Ähnlichkeit, dennoch so grundverschiedenen Geistes, wie Felix Salten, dem feinsinnigen Esqitäten, und Jakob Wassermann, dem das Leben fest anpaßenden Erzähler. Von Emil Ludwig liegt ein umfangreiches, auf Großquartblätter mit feber und Bleistift geschriebenes Schauspiel aus — merkwürdig, was dieser formfichere, so elegant die Künste führende Polemiker für einen wenig sympatiblen Duktus hat, die Abwehrkraft sich gemäßigten im Gegensatz zum Wirtungsvollen seiner Schreibweise. Nebeneinander die Brüder Mann: Heinrich ärgerlich-uerdeutlich, die Linien in eifriger Schräge auf-

wärts —, Thomas beflüchtlich verdünnert, man möchte fast daran zweifeln, daß dies die erste schriftliche Fassung der kleinen Erzählung „Der Kleiderstanz“ ist, so feht und bewußt hart stehen die schmeidefernen Buchstächen zu Wortgruppen gerichtet. Benachbart ein paar (anscheinend) neröse Stimmungsmomente: Bruno Schönlanf in hastiger Kleinschrift die Sätze seiner Märlein auf doppel-seitige Quarzblätter hinwerfend — und Fritz von Unruh, der seine rebellisch aufgesetzten Buchstächen tragig auf die Gelegenheitsfälle eines orangefarbigen Fotolobogens häuft. Da sind auch ein paar Blätter von Arno Holz, dem „Revolutionär der Kyril“, revolutionär nicht in seiner anderen ausgefallenen Handschrift, sondern in seiner Formtechnik, die nach bestimmtem Gesetze die Werte jedes Wortes sorgsam abwägend, Umrurzeln einer Dichtung in langen und kürzeren Satzgefügen untereinander reibt. Auf dem Manuskript sind die Zeilen schieferlich ausgeschnitten und um die Mittelachse gruppiert. Erfürnlich, daß unter der Bildung des Moiairs der mitreißende Schwung nicht leidet, und in der Tat, oft fñhlt man erst nach mehrmaligem Lesen die Stimmungsgewalt der Sprache des Dichters. Zufällig ist Walter von Hollander mit einer in Bleistift korrigierten Idelle sein Nachbar: kurze deutsche Grundrisse, hier und fonderbar gehalten, keine fine das deutsche Grundrisse, hier und fonderbar gehalten, keine fine das Bernhard Kellermann im Manuskript seines bretonischen Romans

Eine ganze Anzahl Manuskripte liegen in Maschinenschrift vor, aber man hat sie trotzdem zur Ausstellung gebracht, weil sie landschriftliche Verbesserungen und Zusätze der Verfasser mit feber oder Bleistift bringen, die zuweilen außerordentlich charakteristisch

Arno Holz

Arno Holz, der in der Welt der Dichtung ein Mann ist, der in der Welt der Dichtung ein Mann ist, der in der Welt der Dichtung ein Mann ist.

find, wie beispielsweise Alfred Döblins febe, erstele, allem Kleinsch abgewandte Federführung. Die immer bestliche, je nach der feber späteren oder runderen Schriftäußerungen von Heinrich Reich drängen sich zwischen Druckteile und maschinelle Kopien, Hermann Jahr diktiert gern und korrigiert feilt dann die Blätter mit eigener Hand durch. Diele vernehmen feber und Tinte und bezwingen die nachgiebige Weichheit des Bleistifts Carl Zulaide überstarkt seine Bogen mit winzigen fliegendeinden — man erinnert sich seiner Eigenart, seine Werke überall, auf Reisen oder am Meintisch in der Stammkneipe, aber am seltensten am heimischen Schreibtisch zu entwerfen. In ähnlich jerrischen Schriftzügen fliegt der Bleistift Alfred Neumanns im Manuskript seines „Patrioten“ über die Quartbogen — gerade diesem Dichter hätte ich eher die große, ledere Handschrift Theodor Daublers zugetrant. Die feffende allemannische Erscheinung René Schidoles kann sich leiber in der Maschineneine eines Romans nicht offenbaren, nur die selbständigen Einflagen zeigen etwas von der stolzen utopischen Überordnungsumf dieses genialen Grenzlandmenschen, wie denn auch zweifellos aus den reinen weiden Zügen der Handschrift Franz Werfels sich ein Allgemeinbild seiner Persönlichkeit erkennen läßt. Ein origineller Beitrag ist der (unvollendet gebliebene) Gemeinchaftsroman in Hand- und Maschinenschrift von Joachim Ringelntz, Roda Roda und Peter Schrey, auch einige

Annette Kolb

Annette Kolb, der in der Welt der Dichtung ein Mann ist, der in der Welt der Dichtung ein Mann ist, der in der Welt der Dichtung ein Mann ist.

Zeichnungen wurden beigeleuert, ein Blatt Kubins sowie Miniaturen und Aquarelle von Erica von Habeln-Magzetti, der Wiener Dichterin.

Ich kann natürlich nicht auf jedes einzelne Manuskript näher eingehen. Hundertneundreißig lebende Autoren haben dem forschenden Auge ihre Geheimnisse preisgegeben, ein Städchen ihrer selbst, soweit man hat der feilenden Bebingtheit der Handschriften sprechen kann. Man hat festgehalten, daß von Millionen Menschen, deren jeder in der Schule nach dem gleichen Vorlage schreiben lernte, später nicht zwei übereinstimmend schreiben. Kein Wunder, daß die Handschriften der hunderteimunddreißig Schriftsteller unserer Zeit durchweg völlig verschieden sind. Ich glaube, die Hirnwindung liegt über die Hand, die Individualität über die Schölung.

Zur Zeitgeschichte

Baltikum und Ostseepolitik.

Anfang Februar hat der estländische Staatspräsident Strandmann mehrere Tage zum Besuch der polnischen Regierung in Warschau geweiht. Wie alles, was sich in politischer Beziehung im Baltikum abspielt oder anbahnt, so hat auch dieses Ereignis in der Öffentlichkeit große Beachtung gefunden. Es ist als erstes Zeichen einer polnisch-estländischen Annäherung gedeutet worden und hat insbesondere die alte Idee eines Bundes der Baltikumländer unter polnischer Führung wieder aufleben lassen.

Das Polen bereits seit langem an der Derivierung dieses Zieles seiner Politik arbeitet, ist bekannt. Ebenso bekannt ist aber auch, daß alle diese diesbezüglichen Bemühungen bisher stets gescheitert sind. Kitzan lebt, solange die Winafrage nicht in seinem Sinne erledigt ist. Jede Teilnahme an einem solchen Baltikumband ab. Finnland hat seiner Abneigung gegen ihn durch seine Haltung an der Konferenz der Baltikumländer in Warschau im Jahre 1922 deutlich Ausdruck gegeben. Letztlich und Estland sind ihm nicht ganz so abgeneigt wie Litauen und Finnland, haben aber bisher ebenfalls verwehrt, das sie beitreten, angelehrt ihrer geographischen Lage und der anderen politischen Verhältnisse im Osten gegebenenfalls durch eine zu enge Anlehnung an Polen in kriegerische Verwicklungen hineingezogen werden zu können. Dazu aber kommt, daß sich die einzelnen Baltikumländer auch unter sich selbst noch lange nicht einig sind. Selbst Estland und Lettland, die im Grunde genommen nicht nur Teile eines Wirtschaftsgebietes, sondern auch politisch aufs engste aufeinander angewiesen sind, haben nicht vermerkt, im Laufe von zehn Jahren eine gemeinsame Linie der Außen- und Wirtschaftspolitik zu finden. Beide Länder sind zwar offiziell durch einen militärisch-politischen Vertrag aus dem Jahre 1923 miteinander verbunden. Alle Versuche aber, zu einer Zollunion zu gelangen, haben sich bisher zerschlagen.

Ob sich hieran etwas durch den Besuch des estländischen Staatspräsidenten in Warschau und der für diesen Sommer in Aussicht genommenen Gegenbesuch des polnischen Staatspräsidenten in Reval ändern wird, läßt sich noch nicht übersehen und bleibt daher abzuwarten. Das Echo, das der Warschauer Besuch des estländischen Staatspräsidenten in den anderen Baltikumländern, aber zum Teil auch in Estland selbst, gefunden hat, spricht jedenfalls nicht dafür. Um so mehr gewinnt dagegen im Baltikum der Gedanke einer engeren Zusammenarbeit mit den skandinavischen Ländern, insbesondere Schweden, an Anhängern. Dieser Gedanke entspringt der Erkenntnis der baltischen Staaten, einer Anlehnung zu bedürfen, um dem auf ihnen lastenden politischen Druck ein Gegengewicht bieten zu können. Er hatte bereits im Sommer fester Gestalt angenommen durch die Besuche der Staatsoberhäupter von Estland und Lettland in Stockholm und den bald darauf erfolgenden Gegenbesuch des schwedischen Königs in Reval und Riga. Seine Hauptstützen bilden uralte kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Schweden und den baltischen Ländern, die durch die geographische Lage dieser Länder zu Schweden und dessen frühere Machtstellung in der Ostsee bedingt, teilweise bis ins Mittelmeer zurückreichen. Die baltischen Länder sind lange Zeit mit der Krone Schwedens in Personalunion verbunden gewesen, bis sie dann unter Peter dem Großen an Rußland kamen. Noch heute lebt in ihrem Bewußtsein die schwedische Zeit als eine besonders gute und glückliche, noch heute sind die Nachwirkungen dieser Zeit in Estland und Lettland wirksam und lebendig.

Die griechisch-türkische Verständigung und die italienische Ostpolitik im östlichen Mittelmeer.

Im Austausch des griechischen Parlaments hat Ende Februar Ministerpräsident Denizelos in Gegenwart aller Parteiführer bekanntgegeben, daß die Verhandlungen mit der Türkei über die alten Streitfragen nach dem Krieg in den Hauptpunkten zu einer Einigung beider Länder geführt haben, und daß damit dem Ab-

schluß eines griechisch-türkischen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrages nichts mehr im Wege stehe.

Die griechisch-türkischen Verhandlungen haben sich in erster Linie um die Frage der Entschädigung der auf Grund des Lausanne-Vertrages ausgetauschten griechischen und türkischen Bevölkerungsteile in Kleinasien und Griechenland sowie um die Sicherstellung derjenigen Griechen und Türken gedreht, die in Konstantinopel beziehungsweise Westtrazien leben und von dem Bevölkerungsaustausch nicht betroffen werden. Diese Verhandlungen haben jahrelang gedauert und wiederholt aus dem Abschluß von Teilabkommen gescheitert, die aber nie in die Tat umgesetzt worden sind. Jetzt aber sind sie abgeschlossen worden, das letztemal noch im Sommer vorigen Jahres. Wenn sie jetzt zu einem positiven Ergebnis geführt haben, so ist dies in erster Linie den italienischen Bemühungen zu danken, gleichzeitig aber auch als ein Erfolg der italienischen Ostpolitik im östlichen Mittelmeer zu werten.

Diese Politik begann gegen Ende des Jahres 1926, als Italien im Zusammenhang mit dem immer härteren Heroortreiben des italienisch-französischen Gegensatzes im Mittelmeer das Schwergewicht seiner machtpolitischen Bestrebungen nach Südosteuropa und dem östlichen Mittelmeer verlegte, und gleichzeitig damit Südlavien und Schwergewichten machte, die bekannten italienisch-jugoslawischen Abkommen von Nettuno zu ratifizieren. Diese neue Politik soll die einzelnen südeuropäischen Länder und die Türkei vertraglich so wohl untereinander als auch an Italien binden, Südlavien dadurch politisch isolieren und es so zur Anerkennung der von Italien erstrebten Vormacht-

Die griechisch-türkischen Grenzen in den letzten 20 Jahren



stellung in der Aeria und auf dem Balkan zwingen. Gleichzeitig soll Südlavien dem französischen Einfluß entzogen und diesem damit eine seiner wichtigsten Grundlagen in Südosteuropa und im östlichen Mittelmeer genommen werden. Als Ergebnis ist ein italienisches Vertragssystem in Südosteuropa und im nahen Orient, das gegeben ist durch die Verträge Italiens mit Rumänien, Albanien, Ungarn, der Türkei und Griechenland sowie durch den türkisch-ungarischen, türkisch-byzantinischen und bulgarisch-ungarischen Vertrag.

In diesem System, das in seinen Auswirkungen hinabreicht bis nach dem Jemen und nach Abyssinien, klassen bisher drei Länder, ein italienisch-bulgarischer Vertrag, ein griechisch-bulgarischer und ein griechisch-türkischer Vertrag. Mit der griechisch-türkischen Verständigung würde die eine dieser Käden geschlossen und ein weiterer Schritt vorwärts in einer politischen Entwicklung getan sein, deren Bedeutung für den Mittelmeerraum wohl unbefristet ist, und in einem Zugumfließ, in dem in London in der Glottisfrage der Gegensatz zwischen Italien und Frankreich wieder scharf an die Oberfläche getreten ist, nicht erst bedorfens hervorgerufen zu werden braucht. Damit ist aber die politische Bedeutung der griechisch-türkischen Verständigung noch nicht erschöpft. Wichtig ist vielmehr noch, daß durch sie eine jahrhundertalte Feindschaft im östlichen Meer ihr Ende findet, die im wesentlichen gegeben war durch das griechische Streben nach Wiederaufrichtung des byzantinischen Kaiserreiches und der dazu notwendigen griechischen Hegemonie im Ägäischen Meer. Griechenland hat, wie Denizelos in seiner Kammerrede erklärt hat, den Gedanken an eine Derivierung dieser Ziele niemals endgültig aufgegeben. Gleichzeitig damit hat aber auch die Türkei versichert, daß sie keinerlei Eroberungsabsichten gegenüber Griechenland habe. Selbst wenn man der Türkei eine Erweiterung ihres territorialen Besitzstandes in Europa anbieten sollte, so würde die Türkei alle derartigen Angebote ablehnen. Die Türkei hat in Konstantinopel die beiden Inseln Lesbos und Tinos zum Schluß der Verhandlungen erhalten, und dieser Zug genügt ihr. Sie habe damit auf ihre früheren Ansprüche auf die anderen Inseln, wie Mytilene, Chios und Samos, verzichtet, die im Balkankrieg Griechenland zugefallen seien.

Mit der griechisch-türkischen Verständigung wäre somit zugleich auch ein entscheidender Schritt vorwärts getan auf dem schwierigen Wege zur Befriedung der politischen Verhältnisse im östlichen Mittelmeer — und von diesem Standpunkt aus kann sie auch deutscherseits nur begrüßt werden.

Zur Kohlenproduktion:

1. Das neue englische Kohlenbergwerksgesetz.

Während der letzten englischen Wahlen hatte die englische Arbeiterpartei als einen ihrer wichtigsten Programmpunkte die Neuordnung des Kohlenbergbaus, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit verankert. Zur Regierung gelangt, ließ die neue Arbeiterregierung zunächst eine Reihe von Monaten ungenutzt verstreichen, dann aber machte sie ihr Wahlversprechen durch Verlegung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs tatsächlich wahr. Zwar gelang es ihr trotz eifriger Verhandlungen mit den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmervereinigungen nicht, das Gesetz noch vor Weihnachten 1929 zu verabschieden; immerhin wurde die Vorlage noch Ende Dezember im Unterhaus in zweiter Lesung angenommen. Inzwischen ist das Gesetz verabschiedet worden.

Das Gesetz regelt für den Kohlenbergbau zwei verschiedene aber gleich wichtige Materien, nämlich den Zusammenfluß der Bergwerksbesitzer zu Syndikaten oder Konventionen, ferner bringt es die Herabsetzung der bisherigen Länge der Arbeitszeit für die Bergarbeiter unter Tage.

Es soll für ganz Großbritannien eine Landeskonvention, und es sollen für die einzelnen Bergwerksbezirke Bezirkskonventionen geschlossen werden, die der Befestigung durch das Handelsministerium bedürfen und damit Gesetzeskraft erlangen.

Im Zusammenkommen freiwilliger Abereinkommen zu fördern, will die Regierung Abkommen die ihr von den Gewerkschaften bis zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt vorgelegt werden, und die den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, für rechtsverbindlich erklären. Nur wo bis dahin keine derartige Vereinbarung zwischen den Beteiligten abgeschlossen worden ist, bestimmt die Regierung selbst die Regelung.

Aufgabe der Landeskonvention und der Bezirkskonventionen ist die Regelung der Produktion, des Angebots und des Verkaufs für ganz Großbritannien und für die einzelnen Bergwerksbezirke. Die Kohlenmengen, die von jeder Zeche zum Verkauf gebracht werden, und der Preis hierfür sollen mit der Nachfrage in Einklang gebracht werden. Die Konventionen reihen die Kohle eines jeden Bezirks in eine bestimmte Qualitätsstufe ein. Ferner bestimmen sie für jedes Bergwerkserzeugnis die Höchstobermenge und setzen auch für jede Zeche eine bestimmte Quote fest. Ebenso bestimmen sie Mindestpreise für jede Kohlenforte.

Schließlich ist vorgesehen, daß zur Hebung oder zur Aufrechterhaltung des Absatzes von den Vereinigungen Subventionen gezahlt werden können.

Die Interessen der verschiedenen Bezirke untereinander und der verschiedenen Bergwerksbesitzer in den einzelnen Bezirken werden durch unabhängige Schiedsgerichte ausgeglichen.

Die Verwaltung jeder Konvention liegt in den Händen eines Ausschusses der beteiligten Bergwerksbesitzer.

Zur Prüfung von Beschwerden über die Geschäftsführung werden ein Landesuntersuchungsausschuss und Bezirksuntersuchungsausschüsse gebildet. In diesen Ausschüssen sitzen auch Vertreter der Verbraucherkreise.

Sind die Klagen berechtigt und werden sie nicht abgestellt, so kann der Handelsminister die alte Konvention aufheben und eine neue an ihre Stelle setzen.

Schließlich wird ein Landeskohlenbergbauamt für Großbritannien geschaffen, dem die Kohnabmessungen und die Vereinbarungen über die sonstigen Arbeitsbedingungen vorzulegen sind, und dem Streitfälle, die nicht in Abereinkunftung mit den Abereinkommen beigelegt sind, vorgetragen werden müssen. Das Amt besteht aus 17 Mitgliedern, die von den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmervereinigungen und von sonstigen Körperschaften (z. B. Handelskammer) benannt werden.

Die Kosten für die Untersuchungsausschüsse und für das Landeskohlenbergbauamt werden vom Parlament bewilligt und sollen nicht mehr als 50 000 £ jährlich betragen.

Durch das Bergwerksgesetz vom Jahre 1908 war die Arbeitszeit für die produktiv tätigen Bergleute unter Tage in England auf acht Stunden festgesetzt, jedoch konnte an 60 Tagen im Jahre eine Stunde länger gearbeitet werden. Im Jahre 1919 wurde diese Höchst-arbeitszeit um eine Stunde vermindert, also auf sieben Stunden herabgesetzt. Durch ein Gesetz vom Jahre 1926 wurde bestimmt, daß während der Kaufdauer des Gesetzes, d. h. bis zum 8. Juli 1921, statt an 60 Tagen im Jahre, an jedem Werktage des Jahres eine Stunde länger gearbeitet werden konnte. Die Höchst-arbeitszeit betrug danach tatsächlich acht Stunden täglich.

Das Gesetz sieht nun vor, daß in Abänderung des Gesetzes vom Jahre 1926 statt einer ganzen Stunde vom 6. April 1930 ab nur noch eine halbe Stunde täglich länger gearbeitet werden darf. Danach würde die tägliche Arbeitszeit 7½ Stunden betragen. Diese Arbeitszeit besteht schon jetzt in England in einigen Bezirken auf Grund von Tarifverträgen.

Es darf jedoch dabei nicht vergessen werden, daß infolge der besprochenen Berechnungsart der Arbeitszeit der englische Arbeiter bei nominell gleicher Stundenzahl tatsächlich durchschnittlich 25 bis 50 Minuten länger in der Grube ist als der durchschnittliche Bergarbeiter.

2. Die Ergebnisse der Vorkonferenz des Internationalen Arbeitsamts über die Arbeitsbedingungen im Kohlenbergbau.

Die am 6. Januar in Genf zusammengetretene Vorkonferenz des Internationalen Arbeitsamts, die die Fragen der Arbeitszeit, der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen im Kohlenbergbau präzisieren und Vorschläge machen sollte, wozu von diesen Problemen für eine internationale Regelung reif sei, ist am 18. Januar zu Ende gegangen. In der Konferenz nahmen neun europäische folgenreichere Staaten teil, nämlich: Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Österreich, Tschechoslowakei, Polen und Holland.

Drei Punkte spielten bei den Beratungen eine wichtige Rolle, nämlich die Einbeziehung des Braunkohlenbergbaus in das geplante internationale Arbeitszeitabkommen, sowie die Berechnungsart und die Länge der Arbeitszeit.

Der Braunkohlenbergbau ist in der deutschen Kohlenwirtschaft doch und mehr in der internationalen Kohlenwirtschaft von geringerer Bedeutung. Im Tiefbau werden nur etwa 8 v. H. der in Deutschland gewonnenen Braunkohle abgebaut. Beide Abwärtigen sind jedoch in wirtschaftlicher, technischer und tarifrechtlicher Hinsicht vielfach miteinander verbunden. Eine Einbeziehung des Braunkohlenbergbaus in das Abkommen ist aber nicht geplant. Sie kann auch nicht wegen der allzu großen Verschiedenheit der Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau und im Braunkohlenbergbau in Betracht kommen.

Die deutsche Regierung hatte deshalb auf der Konferenz den Antrag gestellt, den Braunkohlenbergbau nicht in das Abkommen einzubeziehen. Selbstverständlich sollte das Washingtoner Abkommen auf den Braunkohlenbergbau Anwendung finden.

Der deutsche Antrag wurde indessen abgelehnt. Dafür wurde aber ein Vermittlungsvorschlag angenommen, wonach die Befestigung über die Einbeziehung der Braunkohle ausgeübt wird, bis die Konferenz durch Vorlage weiteren Materials in den Stand gesetzt wird, darüber Klar zu entscheiden. Das Internationale Arbeitsamt wird also zunächst Erhebungen über die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau anstellen haben.

Hinsichtlich der Berechnungsart der Arbeitszeit unter Tage hat die Vorkonferenz den Beschluß angenommen, daß als Arbeitszeit für den einzelnen Arbeiter die Zeit vom Betreten des Förderforts bei der Einfahrt bis zum Verlassen des Förderforts bei der Ausfahrt zu gelten hat.

Diese Berechnungsart entspricht dem Vorschlag des Internationalen Arbeitsamts. Auch der deutsche Vertreter hat sich dafür ausgesprochen. Sie ist bereits im oberdeutschen Steinkohlenbergbau tariflich eingeführt. Auch der Entwurf des Bergarbeitergesetzes sieht sie vor. Sie weicht von der fast im gesamten deutschen Steinkohlenbergbau tariflich vereinbarten Arbeitszeit nur insofern von jenen der Arbeiter ab, als dadurch auch die Zeit, die der einzelne Arbeiter für das Durchfahren des Schachtes bei der Ausfahrt braucht (etwa zwei bis drei Minuten), in die Arbeitszeit einbezogen wird.

England stimmte gegen die Festlegung dieser Berechnungsart und erklärte, an seiner bisherigen Berechnungsweise festhalten zu müssen. Es sei bereit, eine Durchschnittsberechnung vorzunehmen, die der beschlossenen Regelung im Durchschnitt entsprechen würde. Aber die Art der Durchführung haben sich jedoch die englischen Vertreter nicht weiter erlärzt.

In England beginnt die Arbeitszeit für die gesamte Belegschaft unter Tage vom Beginn der Seilfahrt des letzten abfahrenden Arbeiters bei der Einfahrt und sie endet mit der Beendigung der Seilfahrt des erlaufsabfahrenden Arbeiters bei der Ausfahrt.

Der wichtigste Konferenzgegenstand war zweifellos die Festlegung der Länge der Arbeitszeit. Hier ist man leider zu keinem Beschluß gekommen. Zunächst fehlte der englische Regierungsvertreter vor, die Arbeitszeit auf 7½ Stunden festzusetzen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ebenso wurden die Vermittlungsvorschläge von Holland und Deutschland abgelehnt, die eine Arbeitszeit von 7¼ Stunden für die nächsten zwei Jahre und sodann erneute Nachprüfung über die Möglichkeit der Einführung einer 7½-Stundenfrist vorzaben. Für die Vermittlungsvorschläge stimmten die Regierungen von Deutschland, Frankreich, England und Holland; dagegen stimmten Österreich, Spanien, die Tschechoslowakei und Polen; der belgische Regierungsvertreter enthielt sich der Abstimmung. Das Stimmverhältnis war 13 : 13 bei einer Stimmenthaltung.

Die Konferenz beschloß trotz der weitgehenden Meinungsverschiedenheiten, dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts zu empfehlen, den Entwurf eines Abkommens über die Arbeitszeit unter Tage in den Kohlengruben auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz, die im Juni d. J. stattfinden soll, zu setzen.

Dr. E.

Das Feuer als öffentliche Gefahr.

(Zur Feuerschutz-Woche vom 27. April bis zum 4. Mai.)

Von Dr. Paul Herzog.

Jährlich werden fast 300 Millionen Goldmark unseres Volkvermögens durch Feuer vernichtet, mit anderen Worten: an jedem Tag gehen anderthalb Millionen oder in der Stunde 45 000 Reichsmark in Rauch und Flammen auf. Man hat ausgerechnet, daß Staat aber ins freie auszusiedeln, greifen sie ihn an, und auf der Flucht läßt er die brennende Schwefelschmelze fallen. Der ganze Dachstuhl brennt ab. — Durch die Schadhäftigkeit des Kamins wurde eine ganze Familie das Opfer einer Kohlenoxydgasvergiftung. Diese Fälle liegen sich ver-hundert- und vertausendfachen. Immer zeigt sich, daß der Mensch selbst eine große Schuld daran hat, wenn sich in seinem Haus Feuer ausbreiten kann. Unkenntnis und Vertrauensseligkeit haben schon viele um Haus und Hof gebracht.

Hier will man die feuerschutz-Woche eingreifen. Sie will durch Wort und Schrift, Lichtbild und Rundfunk die Bevölkerung dazu bringen, in allen Dingen vorichtig und umsichtig zu sein. Der allem gilt es, auf die Kinder ein wachames Auge zu haben. Allein dreizehn Brände entstehen täglich in Deutschland durch spielende Kinder. Die Niederbergschiffische Provinzial-Feuerschutzgesellschaft konnte im Verlauf eines Jahres zwölf Brände feststellen, die auf Kinder, die mit Streichhölzern spielten, zurückzuführen sind. Der Schaden betrug rund 200 000 RM. Aber nicht nur die Kinder sind so leichtsinnig. Wie manche Hausfrau, die das riecht, rückt die schodhafte Leitung mit einem Streichholz ab. Sie begibt sich und ihre Mitbewohner dadurch in die größte Gefahr. Viele Leute wissen auch nicht, daß man mit Benzin, Ätheren, Spiritus, Terpentin nie in einem Raum hantieren darf, wo ein offenes Feuer brennt. Viele wissen nicht, daß man eine beim Kurzschluß durchgebrannte Sicherung nicht lösen darf, sondern durch eine neue ersetzen muß, und daß nur vom Fachmann hergestellte elektrische Leitungen feuersicher und ungefährlich sind. Auch viele Betriebsarbeiter lassen die Vorrichtungen außer acht, die Brände verhindern können. Gebrauchte Putzwaße gehört in den Müllimer. In Brand geratenes Gift, Öl, Petroleum usw. darf nicht mit Wasser gelöscht werden. Beim Kaufen des Automobilmotors müssen die Klappen offen sein. Deren alle diese Vorchriften beachtet, dann kann manches Unglück rechtzeitig verhindert werden. In allen größeren Betrieben müssen natürlich auch Eßsch-apparate und Derbandflächen zur Hand sein, die eine erste Hilfe ermöglichen.

Die Feuerschutz-Woche wird auch durch die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Feuersicherungen hin- weisen. Von den beiden großen Versicherungsverzweigen erfüllt die private Feuer-versicherung immer noch die größte Leistung. Aber wäh- rend der Abstand zwischen den Schadensauszahlungen der öffentlich-rechtlichen Ver-sicherung und der Privat-versicherung 1915 noch sehr beträchtlich war (Tabelle-seite 78 und 199 Millionen RM.), hat er sich im Jahre 1927 wesentlich verringert. Die öffentliche Versicherung hat mit 104 Millionen Auszahlungen im Jahre die Privatversicherung mit ihren 117 Millionen fast eingeholt. Die feuerschutz-Woche dient in erster Linie der Propaganda für Feuerverhütung. Darüber hinaus will sie aber jedem Inhaber von Eigentum klarmachen, daß, wer sein Hab und Gut nicht oder ungenügend versichert, an der unrichtigen Stelle spart und damit seine und seiner Angehörigen Leiden gesahdet.

legte er Feuer an. Aber nicht nur das Heidekraut fing Feuer, sondern auch der angrenzende Wald. Bis die Feuerwehr den Brand bemächtigt hatte, waren 100 Morgen vernichtet. — Ein Bauer will seinen Dachstuhl von Hornstein reinigen und rückt das Zieg aus- Statt aber ins freie auszusiedeln, greifen sie ihn an, und auf der Flucht läßt er die brennende Schwefelschmelze fallen. Der ganze Dachstuhl brennt ab. — Durch die Schadhäftigkeit des Kamins wurde eine ganze Familie das Opfer einer Kohlenoxydgasvergiftung. Diese Fälle liegen sich ver-hundert- und vertausendfachen. Immer zeigt sich, daß der Mensch selbst eine große Schuld daran hat, wenn sich in seinem Haus Feuer ausbreiten kann. Unkenntnis und Vertrauensseligkeit haben schon viele um Haus und Hof gebracht.

Hier will man die feuerschutz-Woche eingreifen. Sie will durch Wort und Schrift, Lichtbild und Rundfunk die Bevölkerung dazu bringen, in allen Dingen vorichtig und umsichtig zu sein. Der allem gilt es, auf die Kinder ein wachames Auge zu haben. Allein dreizehn Brände entstehen täglich in Deutschland durch spielende Kinder. Die Niederbergschiffische Provinzial-Feuerschutzgesellschaft konnte im Verlauf eines Jahres zwölf Brände feststellen, die auf Kinder, die mit Streichhölzern spielten, zurückzuführen sind. Der Schaden betrug rund 200 000 RM. Aber nicht nur die Kinder sind so leichtsinnig. Wie manche Hausfrau, die das riecht, rückt die schodhafte Leitung mit einem Streichholz ab. Sie begibt sich und ihre Mitbewohner dadurch in die größte Gefahr. Viele Leute wissen auch nicht, daß man mit Benzin, Ätheren, Spiritus, Terpentin nie in einem Raum hantieren darf, wo ein offenes Feuer brennt. Viele wissen nicht, daß man eine beim Kurzschluß durchgebrannte Sicherung nicht lösen darf, sondern durch eine neue ersetzen muß, und daß nur vom Fachmann hergestellte elektrische Leitungen feuersicher und ungefährlich sind. Auch viele Betriebsarbeiter lassen die Vorrichtungen außer acht, die Brände verhindern können. Gebrauchte Putzwaße gehört in den Müllimer. In Brand geratenes Gift, Öl, Petroleum usw. darf nicht mit Wasser gelöscht werden. Beim Kaufen des Automobilmotors müssen die Klappen offen sein. Deren alle diese Vorchriften beachtet, dann kann manches Unglück rechtzeitig verhindert werden. In allen größeren Betrieben müssen natürlich auch Eßsch-apparate und Derbandflächen zur Hand sein, die eine erste Hilfe ermöglichen.

Die Feuerschutz-Woche wird auch durch die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Feuersicherungen hin- weisen. Von den beiden großen Versicherungsverzweigen erfüllt die private Feuer-versicherung immer noch die größte Leistung. Aber wäh- rend der Abstand zwischen den Schadensauszahlungen der öffentlich-rechtlichen Ver-sicherung und der Privat-versicherung 1915 noch sehr beträchtlich war (Tabelle-seite 78 und 199 Millionen RM.), hat er sich im Jahre 1927 wesentlich verringert. Die öffentliche Versicherung hat mit 104 Millionen Auszahlungen im Jahre die Privatversicherung mit ihren 117 Millionen fast eingeholt. Die feuerschutz-Woche dient in erster Linie der Propaganda für Feuerverhütung. Darüber hinaus will sie aber jedem Inhaber von Eigentum klarmachen, daß, wer sein Hab und Gut nicht oder ungenügend versichert, an der unrichtigen Stelle spart und damit seine und seiner Angehörigen Leiden gesahdet.

Wo entstehen die meisten Brandschäden in Deutschland?

Verhältnis der Schadenmengen zum Versicherungspraktikum der öffentlichen Feuerversicherungen

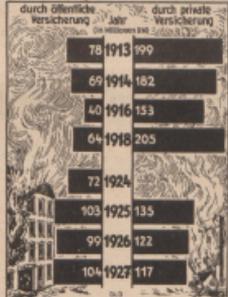


Vernichtete Menschenleben



der verursacht worden sind. Viele Großfeuer hatten ihre Ursache in leichtsinnig fortgezogenen Zigarettenstummeln und nicht ausgeschalteten elektrischen Bügeleisen. Einige Beispiele mögen beweisen, wie leichtsinnig die Bevölkerung mit dem Feuer umgeht: Ein Metzler hatte im Stall seine Pfeife geraucht, wie er das öfters schon getan hatte, um das Ungeheuer von sich zu halten. Drei Stunden später brannte der Stall lichterloh. Zur mit Milche konnte das Vieh gerettet werden. Ein anderer Fall: Ein Knocht hatte den Auftrag erhalten, Heidekraut abzubrennen. Um sich die Arbeit zu erleichtern,

Zahlungen der Feuerversicherungen für Brandschäden



Fortbildung

Oberrealschule
mit Internat geleitet von dem Schulbrüdern
Mertissen b. Ulm/D.

Technikum Sternberg
Mecklbg.

Vorbildung bis zum **Dr. Harangs Anstalt**
mit **Schülerheim**
Halle - Saale
Pomrat 211 15. — Prospekt. —
Gegründet 1864

Pädagogium Finkenwalde
bei Stettin, Waldstraße 5 Internat
Von Sexta bis Abitur
Besondere Förderung Zurückgebliebener
Prospekt durch die Direktion

Pädagogium
Schwarzburg i. Thür.

Oberrealschule mit Gabelung (Reformrealgymnasium
neueren Stils nach prov. Muster), Sexta-Oberprima.
Staatl. Oberkategorie und Abitur an der Anstalt.
Energ. Erziehung zu Fleiß, Pflichtgefühl, Höflichkeit,
Achtung vor Erwachsenen. Straffer Unterricht,
Arbeitsam, mit Aufsicht. Turnen, Wand. Rausen,
Wintersp., Gartenarb. Kl. Klassen. Indiv. Behandl.
Dir. P. Vassel.

Ballenstedt Harz
Städtisches Wolterstorff-Gymnasium mit Realschule
Alumnat für Schüler sämtlicher Klassen.
Auskunft durch den Direktor.

Technikum Ilmenau in
Thür.
Ingenieurschule f. Maschinenbau u. Elektrotechn.
Wissenschaftl. Betriebsführg. Werkmeisterabtlg.

Eine gutgehende Uhr

Ist das beliebteste und praktischste Geschenk für jede Gelegenheit.
Patentschenke, Herren- u. Damenuhren mit schriftlicher Garantie, **Trauringe, Ringe, Ketten, Bestecke** echt Silber und 90 Aufg. **Schmuckwaren** jeder Art. Für festgestellte Beamte weitgehendste **Zahlungsverleichterungen** und unverbindliche **Ansichtssendung**.

Verlangen Sie sofort Katalog gratis unter Berufung ab.

Robert Klingel, Pforzheim 3

Postfach 208

Wir liefern an Jedermann

Tuche
Herren- ab Damen-
Stoffe Stoffs
Verlangen Bis sofort
Muster
Fabrik
Lehmann & Assmy,
Tuchfabrik und Versand
Spremberg i. L. 159

Herren- Speise- Schlafzimmer

Damenzimmer
Polstermöbel
erstklassige aparte
Modelle billigst

Zwanglose Besichtigung jederzeit

Möbel-Errichtl. F. Schönfeldt
Potsdamer Straße 90

VICTOR

selbstschreibende Additionsmaschine

mit direkter Subtraktion
achtstellig, zehnstellig für Hand-
und elektrischen Betrieb lieferbar.

Verlangen Sie Prospekt „V Hd.“
und unverbindliche Vorführung.



DEUTSCHE
BERLIN SW 68

RONEO

GES. M. B. H.
Kochstr. 32

TELEFON: A 7, Dönhoff 1900-1901

Entlasten Sie Ihren Betrieb . . .

indem Sie für Ihre Propagandamaßnahmen keine teuren Arbeitskräfte bezahlen, sondern

steigern Sie Ihren Verdienst . .

durch Vermeidung aller Spesen, die stets mit einer gut durchgeführten Insertion verbunden sind.

Wir leisten Ihre Arbeit!

und stellen dazu noch unsere langjährigen Erfahrungen und hervorragenden Beziehungen auf allen Gebieten des Inseratwesens, besonders zu den Fach- und Beamtenzeitschriften, in Ihren Dienst!

Fordern Sie ein kostenloses und unverbindliches Angebot —
Es lohnt sich!

Dr. Walter Setzefand
Annoncen-Expedition
BERLIN SW 48

Friedrichstraße 239 / Tel. Bergmann 6848

Wir vermieten

per sofort oder zum 1. 5. 1930

1 1/2 - 2 1/2 Zimmer- wohnungen

In:

Berlin-Reinickendorf
Pankower Allee

Auskunft:

Vermietungsbüro der Deutschen
Gesellschaft zur Förderung des
Wohnungsbaues, Gemeinnützige
Aktien-Ges., Berlin-Schöneberg,
Innsbrucker Straße 31

Fernruf: G 1 Stephan 6512-6517

Unsere
Neuerscheinungen:

Chronik des Versailler Vertrages

Sonderdruck aus dem vorigen Jahrgang des „Heimatdienst“. In steifem Pappband mit Photomontagebild, 47 Abbildungen, Köpfe und Karten. Vorzugspreis für Leser des „Heimatdienst“ . . M. 4,-

Katechismus des deutschen Staatsbürgers

Im Auftrage der Reichszentrale für Heimatdienst herausgegeben von Dr. S. P. Widmann. M. 2,-
3. Auflage 1930, 100 Seiten.
Die vorliegende Schrift, in Frage und Antwort geteilt, vermittelt die wichtigsten staatsbürgerlichen Kenntnisse — insbesondere der Reichsverfassung — in leicht faßlicher klarer Form

10 Jahre Weimarer Verfassung

Die Verfassungsteden bei den Verfassungsfeiern der Reichsregierung. Das Buch enthält die Reden von Wirth, Hummel, Anschütz, Jarres, Petersen, Platz, Kütz, von Kardoff, Radbruch, Severing. 2. erweiterte Auflage 1930, brosch. M. 5,50, Halbleinen . M. 4,50

Weltpolitische Bücherei

Band 15: S. R. Steinmetz, **Die Niederlande**, 80 Seiten mit 8 Karten, Halbleinen . M. 3,-
Band 16: Th. Arldt, **Weltpolitik im Unterricht**, 80 Seiten mit 9 Karten, Halbleinen . . M. 3,-
Band 17: G. Menz, **China**, 88 Seiten mit 7 Karten, Halbleinen M. 3,-

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

10 Jahre Zentralverlag

Das neue **VERLAGSVERZEICHNIS** kostenlos
Bücher aus Politik und Wirtschaft
von aktueller Bedeutung, von bleibendem Wert
„**WELTPOLITISCHE BÜCHEREI**“
ZENTRALVERLAG • GMBH • BERLIN W 35

